

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Einlagen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeilen. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358-15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bred. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 14.

Fabrik und Schule.

I.

Ganz ohne Beziehung zueinander sind Fabrik und Schule nie gewesen. Während des neunzehnten Jahrhunderts, als die Fabriken zuerst in größerer Anzahl entstanden, berührten sie sich sowohl mit den Fragen des Volks- wie auch des technischen Schulwesens. Hier und dort entstanden Schularten, die auf die Fabrikarbeit Rücksicht nahmen. Es war jedoch fast nur die bessere Vorbildung oder Ausbildung des gelernten Facharbeiters, was diese Schulen interessierte. Nur die Volksschulfragen gingen auch die Fabrikarbeiter als solche, die sogenannten „Ungelernten“ an.

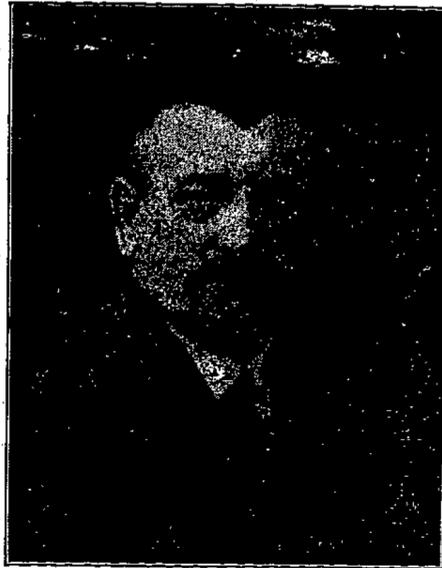
Dabei handelte es sich allerdings um den Unterricht der Kinder. Es ist bekannt, daß schon bald nach der Entstehung der modernen Großindustrie die billige Arbeitskraft der Kinder von den Fabriken in Anspruch genommen wurde. Die erschütternden Schilderungen, die die englischen amtlichen Berichte der Parlamentarischen Untersuchungskommission darüber gaben, sind auszugswiese in Karl Marx' „Kapital“, in Werner Sombarts „Arbeiterfrage“, in Ferdinand Tönnies' „Entstehung der sozialen Frage“ aufgenommen worden. Im neunzehnten Jahrhundert mußte sich erst unter schweren Kämpfen die Volksschulpflicht durchsetzen. Das war zugleich eine Frage des Schutzes der Kinder gegen Ausbeutung und gegen gesundheitschädliche Beschäftigung in den Fabriken. Grauenhafte Einzelheiten geben die Berichte aus England und etwa gleichzeitig abgefaßte Berichte von Gewerbeinspektionen aus deutschen Gebieten. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Gesetzgebung des Schutzes der Kinder angenommen hätte; haben doch amtliche Stellen oft genug den Fabriken höchstes Lob gespendet, weil sie innerhalb der zwölf- und mehrstündigen Arbeitszeit der Kinder auch noch Schulunterricht in den Fabrikräumen erteilen ließen. Als jedoch die kommandierenden Generale im Westen Preußens auf die Gefahr der Kinderarbeit aufmerksam machten, weil sie nicht mehr genügend gesunden Nachwuchs für das stehende Heer erhalten konnten, ging Preußen ernstlich daran, die Kinder gegen die Fabrikarbeit zu schützen. Das hat natürlich Jahrzehnte gedauert und ist nur schrittweise durchgeführt worden. Noch vor dreißig Jahren mußte daher der Berliner Lehrer Konrad Ughd sein Buch über die Kinderarbeit schreiben, das dem Anstoß zum Kinderschutzgesetz von 1903 gab, einem Gesetz, das noch heute gilt, aber eines der schlechtesten ist, die es gibt, da es sowohl juristisch-formell wie sachlich kaum die allerschwersten Fälle erfäßt. Ergänzende Gesetze, die Praxis der Gewerbeaufsicht und die von den Unternehmern gefährdete Gefahr der Unfälle, die mit dauernden Renten verbunden sein können, haben die Kinderarbeit allmählich immer weiter eingeschränkt.

Das trifft jedoch nicht auf die Arbeit der Jugendlichen zu. Von den aus den Volksschulen entlassenen Jungen und Mädchen wenden sich Jahr für Jahr viele Zehntausende der Fabrikarbeit zu. Die Zahl scheint die Neigung zum Steigen zu haben. Immerhin versuchen noch immer die meisten Jugendlichen, eine Lehrstelle zu erhalten. Sie fallen größtenteils nach Beendigung der Lehre der Fabrik anheim. Die von vornherein in die Fabrik gehen, finden als halbe Kinder eine ganz neue Welt vor, mit der sie sich auseinandersetzen müssen.

Bis zum Austritt aus der Volksschule ist den Kindern die Fabrik eine unbekannte Welt; denn wenn auch der Vater Fabrikarbeiter ist, so hören sie von ihm doch nur selten etwas über seine Tätigkeit. Er geht morgens in der Frühe fort und kommt abgespant am Abend nach Hause. Am Familienleben nimmt er wochentags nur einen geringen Anteil, Sonntags mehr. Dann aber wird über alles mögliche andere eher gesprochen als über die Fabrik. Der Fabrikarbeiter hat kein Bedürfnis, über seine Arbeit außerhalb der Arbeitszeit zu sprechen. Dies gilt für den Regelfall; Ausnahmen gibt es wohl gelegentlich.

Kommt nun ein Kind mit dem Austritt aus der Schule in die Fabrik, so öffnet sich ihm eine neue Welt. Das bisher ahnungslose Kind steht mit einigem Staunen vor der Gewalt des Betriebes. Es spürt sofort, daß dieser Betrieb ein Ungeheuer ist, das dem einzelnen keine Zeit und keine Gelegenheit läßt, etwas Selbständiges zu tun. Alles geht nach Plan und Ordnung vor sich. Handelt es sich um einen großen Betrieb, so ist schon das Ineinandergreifen der einzelnen Zweige des Produktionsvorganges, für die unentwickelte Vorstellungswelt der Jugendlichen zu schwierig zu begreifen. Der Wille des einzelnen entscheidet da nichts; der einzelne Arbeiter gilt als Teilstück der großen maschinellen Organisation, als Zahnradchen, das leicht ausgetauscht werden kann. Das Gefühl der Wichtigkeit oder des Wertes der einzelnen Persönlichkeit kann gar nicht erst entstehen. Die Arbeit mag in der ersten Zeit ihre gewissen Reize haben. Bald sind die wenigen Handgriffe und Gegenstände jedoch eine Allfälligkeit geworden und wecken die Aufmerksamkeit nur noch wenig. Die Tätigkeit wird mechanisch ausgeübt. Das wird nun zwar nicht, wie Intellektuelle es oft in ihren Berichten oder Ausführungen behaupten, von den Arbeitern

als ein Nachteil angesehen, aber ebensowenig als ein Vorzug, wie es Professor Heyde, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Universitätsprofessor in Kiel und Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, darstellt. Er verweist im Sammelwerk „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft“ auf die neuere „Monotonieforschung“ und singt dann folgendes Loblied auf die Monotonie: „Man darf nämlich nicht verkennen, daß durch die Monotonie einer immer gleichen Tätigkeit die Gedanken für andere Gegenstände frei werden. Der Arbeiter denkt dann an seine Klassenideale, rechnet vielleicht im stillen mit all seinen



Karl Rühle Jubilar.

Am 10. Mai 1905 wurde der Kollege Rühle von der Generalversammlung der Zahlstelle Berlin als besoldeter Kassierer angestellt, nachdem er dieses Amt seit dem Jahre 1899 bereits ehrenamtlich versehen hatte.

25 Jahre im Dienste einer Arbeiterorganisation als Kassierwart. Welche Fülle von Arbeit, Sorgen und Verdruß sich hinter dieser Tätigkeit verbirgt, kann nur der würdigen, der Gelegenheit hat, einen näheren Einblick in das Getriebe einer Organisation wie die unsere zu tun.

Karl Rühle ist das Muster eines pflichtbewußten und pflichterfüllenden Gewerkschaftsangestellten. Für ihn war, ist und bleibt der Verband alles.

Der Achttundentag stand auch für ihn nur auf dem Papier. Unermüdetlich war er von morgens bis abends für die Organisation auf dem Posten.

Vieler seiner Tätigkeit hat die Zahlstelle Berlin es denn auch zu verdanken, daß die „Munitionskassen“ immer einigermaßen gefüllt waren. Seine schlimmste und schwerste Zeit waren die Kriegs- und Inflationsjahre, weil er es trotz größten Bemühens nicht verhindern konnte, daß die Kassenbestände hinschmolzen wie der Schnee an der Sonne.

Aber auch diese Zeit ist vorüber. Jetzt ist die Zahlstelle Berlin finanziell wieder gesund.

Ein guter Kassierer ist nicht mit Geld zu bezahlen. Karl Rühle, ein für sich persönlich bedürfnisloser Mensch, ist ein solch guter Kassierer. Wer ein goldenes Herz hat wie Karl Rühle, gepanzert mit eisernem Charakter, den lassen Goldmüllionen ebenso rein wie Papierbillionen. Für Karl Rühle bedeutet sein Amt eine hohe heilige Mission, Dienst am Proletariat. Wir freuen uns, daß die Arbeiterbewegung solch prächtige Menschen hat, denn sie sind die moralischen Träger des Organisationskörpers. Und die Zahlstelle Berlin freut sich besonders, daß Kollege Rühle ihr gehört.

Wir gratulieren dem Jubilar zu seinem Ehrentage und verbinden diese Gratulation mit dem Wunsche, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, sein Amt auszuüben! S. R.

Gegnern ab oder sorgt sich um Frau oder Kinder; die Arbeit aber geht ihm inzwischen weiter von der Hand. Die Arbeiterin, besonders als junges Mädchen, glaubt, die Berufstätigkeit sei für sie nur eine vorübergehende Erscheinung, träumt während der monotonen Arbeit von Backsüßromanen, von Kinodramen oder vom Brautstand; sie ist fast noch weniger monotonieempfindlich als der Mann. Diese Auserung eines Wissenschaftlers werden die Unternehmer mit großer Begeisterung lesen und aus der Formulierung, daß der Arbeiter vielleicht „im stillen“ mit seinen Gegnern während der Arbeitszeit abrechne, entnehmen können, wie brauchbar der Herr Professor als geistiger Vorkämpfer der Unternehmerinteressen ist. Andererseits ist die romantische Vorstellung, der Beruf müsse den Menschen mit seiner ganzen Seele ergreifen, eben nur eine Wunschvorstellung. Fabrikarbeit ist zudem kaum ein Beruf zu nennen, eher eine Erwerbsarbeit; denn das, was der Fabrikarbeiter im allgemeinen für das

wichtigste hält und halten muß, ist sein Lohn. Die Lohnhöhe interessiert ihn viel mehr als die Frage, ob die Arbeit angenehm oder unangenehm, schmutzig oder sauber, schwer oder leicht, monoton oder abwechslungsreich ist.

Bis auf die heute noch wenigen Fälle, wo es sich um Fabriken gemeinnütziger Betriebe handelt, hat die Fabrikarbeiterschaft mit kapitalistischen Betrieben zu tun. Das persönliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Lohnarbeiter hat längst aufgehört. Die meisten Fabriken gehören Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung und sind mit anderen Werken kartelliert oder konzerniert. Das Schicksal auch ganz großer Fabriken hängt nicht von der Leistung der Fabrik, sondern vom Industrie- und Bankkapital ab. Die Zigarettenfabrik Manoli ging ein und wurde von Reemtsma übernommen. Das ist kein seltener Vorgang. Plötzlich sieht sich die Belegschaft auf die Straße gesetzt. Ist schon der Wille des einzelnen, wie vorher ausgeführt, in den Fabriken gleich Null, so wird auch der Wille einer ganzen Belegschaft mehr und mehr zu einer untergeordneten Erscheinung. Die Fabrikarbeiterschaft sieht immer wieder an Beispielen, daß sie dem Kapital, dem unpersönlichen Kapital gegenübersteht. Dies kennt keine Gefühlsregungen, nimmt auch auf das Schicksal von einzelnen oder großen Belegschaften keine Rücksicht, sondern lediglich auf die Rentabilität des in den Werken stehenden Kapitals. Der Klassenkampf gibt sich nach außen in immer reinerer Gestalt zu erkennen.

Auf der anderen Seite hat die im Denken über wirtschaftliche Fragen geschulte Arbeiterschaft längst eingesehen, daß sie die Entwicklung der Technik und der Betriebsorganisation nicht aufhalten kann und darf. Hier handelt es sich nicht um die Rentabilität, sondern um die Rationalität in den Betrieben oder in der Wirtschaft. Beide Erscheinungen, Rentabilität und Rationalität, haben wohl Berührungspunkte miteinander, sind aber bei weitem nicht das gleiche. Es kann vorkommen, daß eine rationellere Betriebsführung die Rentabilität nicht erhöht, eher in Frage stellt, und dann denkt kein Kapitalist daran, den Betrieb zu rationalisieren. Es kann auch das Gegenteil vorkommen, und dann spricht man von der Durchführung einer rationelleren Betriebsweise, wobei man aus leicht begreiflichen Gründen gerade das Augenmerk auf die verstärkte Rentabilität lenkt. Der Arbeiter ist kein Gegner der größeren Rationalität, wenn gleich er die schmerzlichen Folgen ihrer Einführung an seinem eigenen Schicksal spürt. An der Steigerung der Rentabilität ist der Arbeiter nicht oder fast nicht interessiert; denn davon hat er meistens nichts. Höchstens kann das für ihn ein Grund zu ausichtsreichem Lohnkampf werden. Die Steigerung der Rationalität ist heute auch nur ein fragwürdiger Gewinn für den Lohnarbeiter; denn eine Herabsetzung der Preise ist bei der heutigen Kartellierung und Monopolisierung in der Industrie damit nicht verknüpft.

Der Jugendliche sieht diese Dinge natürlich noch nicht, muß sie aber schließlich doch einsehen lernen. Die Fabrikarbeit ist für ihn bald nur noch eine Quelle des Geldverdienens. Zahlreiche Äußerungen von jugendlichen Fabrikarbeitern bestätigen diese Behauptung. Wenn jugendliche Fabrikarbeit annehmen, so pflegen die häuslichen Verhältnisse die denkbar schlechtesten zu sein, sonst würden die Eltern ihre Kinder lieber in eine Lehre schicken. Aber die Kinder müssen schon früh mitverdienen, und wo das eigentlich nicht der Fall zu sein dürfte, ist der geistige und moralische Stand der Familie nur niedrig. Die miserablen Wohnungsverhältnisse, sehr häufig Mangel einer guten Schulbildung und Mangel einer ordentlichen häuslichen Erziehung, zurückgebliebene körperliche Entwicklung oder gefährdeter Gesundheitszustand sind die wesentlichsten, immer wiederkehrenden Begleiterscheinungen.

Nun soll für diese Jugendlichen auch die Schulpflicht eingeführt werden. Dabei handelt es sich natürlich um eine Fortbildungs- oder Berufsschule. Von einer eigentlichen Berufsschule kann man heute nicht recht sprechen, weil die Fabrikarbeit meistens nicht zu den Berufen gerechnet wird und der Unterricht sich auch nicht mit der Fabrikarbeit beschäftigt. Doch der Name tut nichts zur Sache.

In den großen Städten, oft auch in den kleineren, ist die Fortbildungspflicht für jugendliche Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen vielfach schon eingeführt. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt vier bis acht, im Durchschnitt sechs. Oft haben sich die Gemeinden mit der Fortbildungspflicht für die männlichen Jugendlichen begnügt, so daß die Mädchen keine Schule zu besuchen brauchen. In süddeutschen Ländern werden die jugendlichen Fabrikarbeiter vielfach einer dürftigen allgemeinen Fortbildungsschule überlassen, die nur wenige Unterrichtsstunden in der Woche erteilt, wovon die Schüler, die die oberste Volksschulklasse durchgemacht haben, auch noch befreit werden können.

Ist nun die Durchführung der Fortbildungs- oder Berufsschulpflicht für die jungen Menschen ein Segen?

Zu dieser Frage läßt sich sehr verschieden Stellung nehmen. Die Jugendlichen sind vielfach nicht dieser

Melung. Der Widerstand rührt weniger davon her, daß sie nicht gern eine Schule besuchen möchten. Die Unterbrechung der täglichen Fabrikarbeit durch die Schule ist ihnen vielleicht eher angenehm als unangenehm. Aber entweder liegen die Unterrichtsstunden nach der Arbeitszeit, und dann überwältigt die Müdigkeit und der Hunger die jungen Menschen, oder der Unterricht liegt in der Arbeitszeit, und dann ist dem Unternehmer gefasst, für die Stunden, die der Jugendliche nicht arbeitet, ihm Lohnabzüge zu machen, wovon eifrig Gebrauch gemacht wird. Liegt der Unterricht außerhalb der Arbeitszeit, so geschieht das meistens mit Rücksicht auf diesen Lohnausfall, soll also einen Nachteil für die Jugendlichen vermeiden. Nur tauscht der junge Mensch einen anderen Nachteil dafür ein, und der Unterrichtserfolg ist nur gering. Das neue Reichsgesetz über die Berufsausbildung Jugendlicher, das dem Reichstage zur Beratung vorliegt, sieht ein Verbot der Lohnabzüge aus Anlaß der Erfüllung der Fortbildungsschulpflicht vor. Damit wäre einmal die Möglichkeit geschaffen, den Unterricht günstig in die Tageszeit zu legen, und andererseits würde damit das ewige Ärgernis, das der Besuch der Berufsschule für die Jugendlichen mit sich bringt, beseitigt werden. Es wird auch hohe Zeit, dem jetzigen unglücklichen Zustand ein Ende zu bereiten.

Teilweise widersehen sich die Fabrik-Inhaber dem Besuch der Fortbildungsschule durch die jugendlichen Fabrikarbeiter. Hier und da jedoch nehmen sie eine andere Haltung ein, und zwar dann, wenn sie eigene Werksschulen eingerichtet haben. Für gewöhnlich sind diese Werksschulen allerdings nur für die Lehrlinge da; aber in einer ganzen Anzahl solcher Schulen werden jetzt auch schon die Ungelernten und Ungelernten unterrichtet. Die Werksschulen, die heute in dem „Deutschen Institut für technische Arbeitsforschung“ (Dinfa) in Düsseldorf eine Zentrale haben, bilden eine schwere Gefahr für die Arbeiterbewegung. Sie dienen den gelben Gewerkschaften, obgleich das Institut dies auf das lebhafteste abstreift. Ihre ganze Tätigkeit ist lediglich zugunsten der Unternehmer eingestellt, die das Institut unterstützen. Welcher Art beispielsweise der staatsbürgerkundliche Unterricht in diesen Schulen ist, kann man sich leicht vorstellen. Die mit diesen Schulen verbundenen Sportvereine, Jugendheime, Wanderguppen usw. haben die ausgesprochene Absicht, den Jugendlichen in seiner Fabrik heimlich zu machen, so daß er sich kaum nach etwas anderem sehnt. Bis auf die Schlafgelegenheit soll ihm die Fabrik mit diesen Nebeneinrichtungen auch das häusliche Leben ersetzen. Damit ist die Unabhängigkeit der Arbeiter aufs schwerste in Frage gestellt.

An sich ist die Berufsschulpflicht für die jugendlichen Fabrikarbeiter nur zu begrüßen. Niemand wird im Ernst der Meinung sein, daß der 14- bis 17jährige junge Mensch, ob Junge oder Mädchen, einer weiteren Erziehung nicht mehr bedarf. Wer die Fabrikarbeit kennt, wird im Gegenteil die Meinung vertreten, daß diese jungen Leute einer ergänzenden und einer ausgleichenden Erziehung bedürfen, um nicht ganz dem Geiste der Fabrik anheimzufallen. Fertige Menschen sind sie nicht, und ihre glücklicheren Altersgenossen, die nicht Fabrikarbeit anzunehmen brauchen, können sich entweder in einer mehrjährigen Lehrzeit ganz anders für den Kampf ums Dasein ancräften, oder sie besuchen gar eine höhere allgemeinbildende Schule und gelangen so in den Besitz eines Wissens und einer Allgemeinbildung, die ihnen im Existenzkampf immer zugute kommen wird, ganz abgesehen von der Bereicherung der Persönlichkeit. Immer wieder wird beklagt, daß die Volksschichten einander schon wegen der verschiedenartigen und verschieden weit fortgeschrittenen Vorbildung nicht verstehen. Die Bildungsniveaus sind ein wesentliches Hemmnis zur Bildung einer einheitlichen Auffassung und eines einheitlichen Volkes. Schon darum ist die Gründung von Berufsschulen für die Fabrikarbeiter zu begrüßen. Diese Menschengattung darf nicht schlechter behandelt werden als jede andere. Es muß verlangt werden, daß die wöchentliche Stundenzahl nicht hinter derjenigen für Lehrlinge zurückbleibt, wie das leider noch vielfach der Fall ist.

Johannes Schull (Hamburg).

Die Tragik des Arbeitgebergedankens.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ schreibt Doktor O. Paulus (Düsseldorf) über „Die Tragik des Arbeitgebergedankens“. Es heißt da: „Es ist eine der offensichtlichsten Tatsachen unseres Kulturlebens, daß der Arbeitgebergedanke im Gegensatz zu dem Gewerkschaftsgedanken bei weitem nicht die freundliche Aufnahmebereitschaft in der Öffentlichkeit findet wie letzterer.“

Der Verfasser meint, das liege daran, daß der Gewerkschaftsgedanke mit dem Adel der Humanität anschwärmt werden könne. Der Gewerkschaftsführer, der eine Lohn-erhöhung oder eine Arbeitszeitverkürzung oder die Gleichberechtigung auf den verschiedenen Gebieten der sozialen Verfassung und der Wirtschaftsführung fordert, stünde als „Beschützer der Menschwürde“ in der Öffentlichkeit leichter Verständnis als der Arbeitgeber. Dieser arme, verkannte Arbeiter! Er muß „sich dem Ertragsprinzip fügen“, so schwer es ihm auch wird. Die Wirtschaftsgesetze bedenken für ihn vielfach eine harte Beschränkung, wenn die sozialen Forderungen ein „ewige Grenze überschreiten“. Der Gewerkschaftsführer vertritt das soziale Ideal, der Arbeitgeber die ökonomische Wirklichkeit, ihr einschränkendes Gesetz. So verknüpft sich der notwendige Vollzug harter und durch menschliche Kraft nicht ohne weiteres zu beseitigender Gesetze immer mit der Persönlichkeit des Unternehmers als Arbeitgeber.

Handelt es sich wirklich nur um diese wirtschaftliche „Gefährlichkeit“ und gar nicht um Irreführung der Wirtschaftsauffassung und um Mängel an zeitgemäßen sozialen Empfinden und Willen, wenn der Arbeitgeber immer nur ein Nein für die Forderungen der Arbeiter hat?

Daß Dr. Paulus die tragische Lage des Arbeitgebers dann mit der Lage des Feldherrn vergleicht, sei nur der Komik wegen erwähnt. Der Arbeitgeberdünkel ist allemal da am größten, wo leicht ein reichlicher Wirtschaftsgewinn erzielt

werden kann. Das war in Deutschland vor dem Kriege der Fall. Und unsere heutige Arbeiterschaft steht mit ihrem Fühlen und Denken noch ganz in der Vorkriegszeit. Sie hält sich für die treibende Kraft, die Deutschland vor dem Kriege wirtschaftlich schnell emporgebracht hat, und sie glaubt, auch heute könne nur der Unternehmer Deutschland wieder hochbringen. Daß die wirtschaftliche Erziehungswirkung der Vorkriegszeit, die einseitig auf Kapitalmehrung eingestellt war, Deutschland zum Verhängnis geworden ist, mag auch heute noch niemand zugeben. Und auch das mag niemand zugeben, daß gerade in Deutschland das wirtschaftliche Emporkömmlingstum außerordentlich groß ist. Die wirklichen Führer, waren unter den Unternehmern allzeit selten, auch in dem Vorkriegsdeutschland.

Die eigentlichen wirtschaftsentwickelnden Kräfte waren Wissenschaft und Technik. Mit diesen wertvollen Hilfsmitteln und mit dem weiteren wertvollen Hilfsmittel einer guten und dabei äußerst billigen Arbeitskraft schuf der deutsche Kapitalbesitzer vor dem Kriege fortgesetzt Neukapital, das fast ganz für neue Produktionsmittel verwendet wurde. Es wurde ohne Not im Übermaß

Denke an die Arbeitslosen,

die sehnlichst darauf warten, wieder Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu finden, deren Frauen und Kinder immer noch darben und hungern. Noch immer bevölkern mehr als zweieinhalb Millionen Arbeitsjüngende den deutschen Arbeitsmarkt. In einer Volkswirtschaft, die mehr als zweieinhalb Millionen Menschen gänzlich ohne Arbeit und Verdienst läßt, dürfen andere Arbeiter nicht planlos und oft sinnlos zu vielen Überstunden herangezogen werden. Im Gegenteil, bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten, Verkürzung der Arbeitszeit ist notwendig, wenn die Arbeitslosigkeit geringer werden soll. Frage du zu deinem Teil dazu bei,

vermeide Überstunden!

billige Ware auf den Weltmarkt geworfen. Ein bedeutender Teil davon wäre besser in Deutschland verbraucht worden. Dazu wäre natürlich nötig gewesen, den Lohn- und Gehaltsempfängern jährlich einige Milliarden Mark mehr für ihre Mithilfe an der Vermehrung des Nationalvermögens auszugeben. Die Verteilung des Sozialprodukts war, auch wirtschaftlich gesehen, vor dem Kriege vollständig falsch. Der Krieg entstand auch aus wirtschaftlichem Zündstoff. Das Streben, in überflüssiger, sinnloser Weise Kapital zu Kapital zu häufen, muß stets zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebenshemmungen und Spannungen führen. Die Eier, immer reicher und mächtiger werden zu wollen, hat im kleinen wie im großen dem Wesen nach die gleiche Wirkung. Auch wenn eine geschicktere Staatsleitung, als Deutschland sie hatte, den Krieg zu vermeiden gewußt hätte, wären ähnliche Katastrophen, wie sie die gegenwärtige Weltarbeitslosigkeit darstellt, eingetreten.

Aber die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten verstehen den deutschen Arbeitertyp schon. Dagegen gibt es wirklich noch weite Volksschichten, die im deutschen Arbeitgeber stets den großen Leiter und Organisator, den genialen Bahnbrecher und Voranschreiter sehen. Und als wie klein und unbedeutend zeigen sich oft viele Arbeitgeber in Wirklichkeit, wenn man Gelegenheit hat, sie als Menschen, auch als Berufsmenschen, näher kennenzulernen! Doch sei es anerkannt: es sind auch als Mensch und Wirtschaftler bedeutende Männer unter ihnen. Aber im ganzen gesehen kommt man bei vorurteillosem Betrachten der wahren Tatsachen des Wirtschaftslebens doch zu dem Schluß, daß auch in der Wirtschaft mit nicht allzu starken geistigen und sittlichen Kräften und mit nicht allzu häufigem intuitivem Erfühlen des Richtigen und Notwendigen „geführt“ wird. Das Führen, von dem so viel Aufheben gemacht wird, ist in der Regel nichts weiter als ein Sichnichtwidersehen, wenn die Lebensverhältnisse zwangsläufig auf eine bestimmte Entwicklungsbahn drängen. Es handelt sich meistens darum, nicht gar zu sehr vom Beharrungsgesetz abhängig zu sein, zu wissen, daß „alles in ewigem Fluß ist“, daß es kein eigenartiges Verharren geben darf. In dieser Erkenntnis bringen eben die meisten Menschen, auch die meisten Arbeitgeber, nicht die notwendige Geistes-, Willens- und Charakterstärke auf. Diejenigen, die am Alten, am oft Überlebten und deshalb Allgemeinschädlichen festhalten wollen, stehen aber immer da am zahlreichsten, wo Gelegenheit ist, für sich „aus fremdem Leder Riemen zu schneiden“. Diese Gelegenheit haben Arbeitgeber besonders häufig. Und dann macht ja Wohlhabenheit, die sich leicht und schnell zu größerem Reichtum steigert, auch bald manchen Arbeitgeber faul, bequem, gleichgültig, gefühl- und bedenkenlos, eben unfähig zu wirtschaftlichem und jedem sonstigen Führen.

Der Arbeitgeber hat, wie der alte österreichische Adler, zwei Köpfe, den des „Brotgebers“ und den des „Unternehmers“, sagt Dr. Paulus. Der Arbeitgeber ist der Vertreter der Wirtschaftsnöwendigkeiten und der Vertreter der sozialen Notwendigkeiten. Er ist es tatsächlich im heutigen Wirtschaftssystem. Daß er auch der Vertreter der sozialen Notwendigkeiten ist, weiß er in Wirklichkeit jedoch ganz außerordentlich selten. Der soziale Fortschritt ist stets von der organisierten Arbeiterschaft gegen den Widerstand der Arbeitgeber erzwungen worden.

Es wird in dem Aufsatz zum Schluß noch beklagt, daß die Wesensart des Unternehmerberufs und des Arbeitgeberberufs in Deutschland so wenig begriffen wird, und daß gerade der produktivste Beruf in unserem Vaterlande mit der größten Hypothek an öffentlichem Mißtrauen belastet ist. Nur, wie schon gesagt, mit dem Mißtrauen ist es nicht so schlimm. Wünschen könnte man nur, daß es endlich auch

außerhalb der Arbeitnehmerschaft aufkeimen wollte. Aus Zweifel entspringt der Wille, eifriger und aufmerksamer den Dingen des Lebens nachzugehen. Daß der Verfasser des Aufsatzes in dem rheinisch-westfälischen Großunternehmerblatt von der Stellung des Arbeitgebers eine ganz veraltete Auffassung hat, geht auch noch daraus hervor, daß er vom „Brotgeber“ spricht. Ist schon das Wort „Arbeitgeber“ selbstbewußtem Staats- und Wirtschaftsbürgerempfinden unangenehm, so ist das patriarchalische Wort „Brotgeber“ heute ganz unerträglich geworden, und man sollte glauben, auch unmöglich, selbst in Zeitungen, die sich vorwiegend auf die Denkart der Kapitalbesitzer einstellen. Mit der Umbildung des Wirtschaftsempfindens und Wirtschaftswollens nach einer Richtung, die dem „Volks“- und „Frei“-Staatsgedanken gerecht werden könnte, sieht es in Arbeitgeberkreisen einstelligen noch traurig genug aus. Und das ist die wahre Tragik des Arbeitgebergedankens.

Bedauerlich aber ist es auch, daß der Gewerkschaftsgedanke in der Öffentlichkeit noch nicht in seiner ganzen Bedeutung und Tragweite begriffen wird, daß es leider nicht zutrifft, was Dr. Paulus sagt, daß nämlich immer „im Gegensatz zum Arbeitgebergedanken der Gewerkschaftsgedanke eine freundliche Aufnahmebereitschaft in der Öffentlichkeit findet“. Diese freundliche Aufnahmebereitschaft ist ja leider nicht einmal bei allen Arbeitern zu finden. Und das ist die allergrößte Tragik für Wirtschaft und Kultur und Volkswohlfahrt. A. S.

Wozu dienen die Arbeiterentlassungen der Großindustrie?

Bei den großen Werken grassiert das Kündigungsieber. Die starke Arbeitslosigkeit geht nur langsam zurück. Jetzt soll sie noch eine Verschärfung durch Massenentlassungen in der Großindustrie erfahren. Die Rührindustrie beabsichtigt, ihren Arbeiterstamm wesentlich zu vermindern. Die Firmen Siemens u. Halske, J. O. Farberindustrie, Mansfeld, und viele andere folgen den gleichen Spuren. Es wird über Mangel an Beschäftigung geklagt. Aber schon vorher war die Belegschaft der einzelnen Werke auf das Äußerste eingeschränkt worden. Vorschläge der Betriebsräte, die Arbeitszeit einzuschränken, um die Entlassungen zu vermeiden, sind von den Werken abschlägig beschieden worden. Das Heer der Arbeitslosen soll unter allen Umständen vermehrt werden. Wie wissen doch die Herren Großindustriellen die Arbeitslosenversicherung für ihre Zwecke auszunutzen! Um den eingearbeiteten Arbeiterstamm zu halten, war man früher gezwungen, auf Lager zu arbeiten oder sonst für Beschäftigung zu sorgen. Jetzt werden Arbeitskräfte auf Lager gelegt und der Arbeitslosenversicherung überantwortet. Das Risiko der Konjunkturschwankungen trägt also ein sozialer Unterstufungszeit. Daneben lassen aber die Massenentlassungen erkennen, daß die politische Reaktion auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen wird. Die Arbeiterchaft soll mürbe gemacht und für Lohnkürzungen, Abbau der Sozialversicherungsgesetze usw. ein günstiger Boden geschaffen werden. Vor allem liegt den Unternehmern die Gebundenheit der Tarifverträge im Magen. Sie lassen auf Gassen und Märkten verkünden, daß sich die Wirtschaftslage in Deutschland mit einem Schlage bessern würde, wenn das starre Tariffsystem fällt und eine bewegliche Lohnfestsetzung möglich ist. Den Unternehmern schwillt der Kamm infolge der politischen Änderung. Sie werden sich aber irren, wenn sie meinen, daß auf sozialwirtschaftlichem Gebiete eine Umkehr so leicht möglich ist wie in der Politik. Nicht wenig Schuld an diesen Dingen haben die Arbeiter selbst. Würden mindestens 75 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften einen festen Wall der Interessenvertretung errichtet haben, dann würde es niemand wagen, den Arbeitern derartige Opfer zuzumuten. Hier liegt das Grundübel, zu dessen Behebung jeder Hand- und Kopfarbeiter bemüht sein müßte.

Verzweifelte Methoden.

Von H. Fischer (Merseburg).

Die Siegesnachrichten der kommunistischen Gewerkschaftsstrategen über ihren „Siegeszug“ durch Deutschland anlässlich der Betriebsratswahlen ist durch den Sturz von Paul Merker, der vor wenigen Tagen noch obersten Spitzenfunktionär der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, etwas getrübt.

Jeder kommunistische Gewerkschafter, der es noch vor wenigen Wochen wagte, an diesem Paul Merker auch nur irgendwie zu zweifeln, wurde mit Schimpf und Schande aus der kommunistischen Partei hinausgeworfen.

Heute ist dieser Mann erledigt; er treibt in der kommunistischen Partei als linker Fraktionsmacher sein Wesen oder Unwesen, wie man's will, und äbt sich im Zellenbau und im Zerstören, wie er es früher mit seinen Hilfstruppen planmäßig in den freien Gewerkschaften nicht anders machte.

Die Tätigkeit dieses Mannes fand in dem sogenannten revolutionären Gewerkschaftskongress im November v. J. in Berlin ihren Höhepunkt und ihr Ende. Die freien Gewerkschaften waren widerstandsfähig und stark genug, um diesem trivialen Spiel ein noch rechtzeitiges Ende zu bereiten, um den freßenden Wurm der Zwietracht und Uneinigkeit abzuschütteln und dem Verrat Troß zu bieten.

Bedeutungslos, ohne jeden Widerhall, wie er zusammengetreten war, ging der Kongress wieder auseinander. Schon regten sich Zweifel, aber noch war es möglich, durch eine geräuschvolle Pressepropaganda vor der breiten Arbeiteröffentlichkeit den Mißerfolg zu verdecken. Das Fortdauern der scharfen Wirtschaftskrise, das weitere Aufschwellen des Erwerbslosenheeres und die immer schärfer einschneidende Unternehmerwillkür ließen diese Abenteuer immer noch hoffen. Noch schärfer wurden die Fronten, noch verrückter die Parolen. Alle Kräfte konzentrierte man auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Auch dieser Frontabschnitt liegt in der Hauptsache hinter uns, und die kommunistische Partei verkündet zwar in der ganzen Welt ihren „roten Siegeszug“, zu gleicher Zeit aber jagt sie ihre bisherigen Strategen zum Teufel. Es ist also möglich, sich noch weiter mit dem kommunistischen Siegeszug zu beschäftigen. Wenn man die Führung

beseitigt, die zu solchen Dingen führt, dann besagt das genug. Es wurde die Schwengung befohlen, und prompt wurde eine neue Linie bezogen. Die kommunistische Parteilitung bezieht sich jedoch, der ganzen Welt zu verkünden: „Wir haben zwar die bisherigen Führer verjagt, wir haben zwar eine neue Linie bezogen, wir haben auch andere Lösungen, aber wir wollen das alte Ziel —“

Also nach wie vor will die kommunistische Partei demnach die freien Gewerkschaften zerbrechen.

In Mitteldeutschland haben sich die Kommunisten schon immer ganz besonders viel Mühe gegeben. Es gibt auch wohl kaum in Deutschland eine Provinz, in der das Hinüber und Herüber der kommunistischen Gewerkschaftsstrategien so ausgeprägt ist wie im mitteldeutschen Industriegebiet. Bei der neuesten Schwengung zeigte sich das auch wieder recht deutlich. Hierfür ein Beispiel.

Der Halle'sche „Klassenkampf“ (Schleib am 24. Februar 1930: am 26. März 1930:

„Jeder, der heute noch der SPD angehört, steht dem Marschschritt der Massen im Wege. Wer noch zur SPD gehört, ist verkauft und muß fliehen — und wenn er noch so radikal tut.“

„Oh der Prolet organisiert ist, ob er Kommunist, Parteilofer oder Sozialdemokrat ist, das tut nichts zur Sache. Auch der sozialdemokratische Arbeiter ist uns als Kampfgefährte willkommen.“

Also erst beschimpft man die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Funktionäre als verkaufte Elemente, um dann kaum vier Wochen später mit ihnen eine „Einheitsfront“ zu bilden. Eine Einheitsfront allerdings, bei der die Arbeiter nur als Schachfiguren mitzupielen sollen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden sich bedanken.

Darüber hinaus soll jedoch erneut Dresche geschlagen werden in die freien Gewerkschaften. Der neue Angriff richtet sich mit besonderer Schärfe jetzt in Mitteldeutschland gegen den Verband der Fabrikarbeiter. Außer der kommunistischen Tagespresse und der kommunistischen Betriebszeitung für das Leunawerk wurde deshalb von den Kommunisten noch ein neues Blättchen, der „Rote Fabrikprolet“, herausgegeben. Dort werden die unmöglichsten Geschichten zusammengeschmiert. Aber auch damit noch nicht genug. Die ungeheure Niederlage, die sich die Kommunisten bei den diesjährigen Betriebsratswahlen im Leunawerk holten, hat die Leute offenbar nervös gemacht. Immer wieder neue Geschichten werden angebrocht, eine Demonstration jagt die andere, vor den Fabrikatoren, bei Schichtwechsel an den Bahnhöfen, überall und bei jeder Gelegenheit wurde demonstriert, nur um zu zeigen, daß man noch da ist.

Die freien Gewerkschaften haben unter der Führung unserer Organisation in Mitteldeutschland mit einem sehr bedeutungsvollen Kampf begonnen. Der Bezirksmangelvertrag für die chemische Industrie in Mitteldeutschland wurde von uns gekündigt, und in einer großen Konferenz der Spitzenfunktionäre wurde ein neuer Vertragsentwurf ausgearbeitet und als Forderung den Unternehmern unterbreitet. Daß die kommunistische Partei hierbei so gar nicht gefragt wurde und daß die Funktionäre mit der gewünschten Einheitsfront ihre Forderungen formulierten, das ist schlimm, schlimm für die Kommunistenführer, aber um so wertvoller für die freien Gewerkschaften. Diejenigen aber, die den kommunistischen Spitzenführer Paul Merker ablösen, dürfen nicht zulassen, daß das alles so ohne den üblichen oppositionellen Krach abgeht. Es mußte etwas geschehen — und es geschah etwas. Die Kommunisten rührten die Trommel und organisierten einen Sonderkongress der Chemiearbeiter nach Mitteldeutschland, nach Merseburg. Den vielen vorangegangenen Schändlichkeiten wurde eine neue gemeine Tat angegliedert. In dem Augenblick, wo die freien Gewerkschaften in die Kampffront treten und die Arbeiterschaft, was ganz selbstverständlich ist, zur allergrößten Einheit aufrufen, in eben demselben Augenblick rufen die kommunistischen „Gewerkschaftsführer“ zu einem Sonderkongress und fallen der Arbeiterschaft in den Rücken. Wie oft schon ist es so gewesen, wie oft schon haben sich dabei die Kommunisten ihre Niederlagen geholt und die Arbeiter bittere Erfahrungen sammeln müssen. Der kommunistische Chemiekongress hat stattgefunden. Ach, diese armseligen Wichte, sie hätten sich diese ungeheure Blamage sparen und dabei den Arbeitern selbst so unendlich viel nützen können. Wochen- und tagelang vorher hatte man die Geschichte mit großem Tamam und Trara angekündigt, drei volle Tage sollte die Sache steigen, mit großen Massenmeetings verbunden sein. Die ganze Welt sollte aufhorchen, wenn die deutschen Chemiearbeiter sprechen und ihr Kampfgebilde ablegen würden gegen — nun gegen wen anders als gegen die dreimal verfluchten freien Gewerkschaften.

Merseburg ist ein ganz, ganz kleines Städtchen, und doch hat von diesem kommunistischen Kongress kein Mensch etwas gemerkt. Ganz kleinlaut verkündete die kommunistische Presse: „45 Delegierte waren anwesend, es herrschte trotz aller „holschewistischen“ Kritik eine glänzende Stimmung“. Es ist überflüssig, dieser Feststellung auch nur ein Wort hinzuzufügen, jeder, der das liest, weiß genug. Damit von diesem furchtbaren Bankrott die Öffentlichkeit nicht allzuviel erfährt, hatte man die anderen Presseberichterhalter gleich zu Anfang hinausgeworfen. Als Abschluß für diesen sonderbaren 45-Mann-Kongress war ein großes Massenmeeting vor dem Haupttor des Leunawerkes gedacht. Angekündigt war die Sache auf Sonnabend nachmittag, und die Leunawerker wurden in einem großen Aufruf aufgefordert, sich zu beteiligen. Gegen Mittag kamen die Kommunisten mit etwa 100 Männern, die Kongressdelegierten und einige Erwerbslose, von Merseburg aus anmarschiert und mußten etwa 1 1/2 Stunden später, nachdem einige verzweifelte Reden gehalten waren, mit ebensoviel wieder abtreten. Von den 14.000 Leunawerkearbeitern beteiligte sich, abgesehen von etwa 40 Neugierigen, nicht einer. Wofür behaupten, nicht einmal die Kommunisten vom Arbeiterrat hätten teilgenommen. Damit war die Geschichte zu Ende.

Über 170 Gewerkschaftsfunktionäre vom Bezirk stellten mit größter Einheit ihre Forderungen. Ach! Tage später tagten rund 200 Leunawerkefunktionäre und schlossen sich ebenfalls den Beschlüssen der Gewerkschaftsfunktionäre an.

Ebenso wird es auch in den anderen Werken gewesen sein. Da kommen dann die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen mit ihren 45 Delegierten daher, von denen keiner weiß, woher sie kamen und wen sie vertreten, die in irgendeinem Kondensatikel bestimmt wurden, und machen sich an die Beschlüsse der freigewerkschaftlichen Funktionäre zu korrigieren. Es sind verzweifelte Methoden, mit denen diese Leute kämpfen, einmal Einheitsfront von oben, dann von unten, einmal konsequenter „holschewischer“ Kurs, dann wieder Massenpolitik, einmal rechtes Renegatentum, dann wieder linker Opportunismus, ein steter Kreislauf. Mit diesen verzweifelten Methoden werden die Kommunisten für sich nichts mehr gewinnen und auch nichts mehr retten, aber, das fürchte ich, sie werden den freien Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse noch manchen Schaden zufügen.

Staufragen.

Stillgeld nach dem Tode der Wöchnerin?

Neben den sonstigen Leistungen der reichsgesetzlichen Wochenhilfe haben die Krankenkassen auch Stillgeld zu gewähren. Während die übrigen Leistungen bei jeder Niederkunft (Entbindung) gewährt werden, ist die Zahlung des Stillgeldes noch von einer anderen Voraussetzung abhängig. Stillgeld wird nur dann gewährt, wenn die junge Mutter das Kind selbst stillt. Die in Frage kommende Bestimmung der Reichsversicherungsordnung lautet: „Weibliche Versicherte... erhalten als Wochenhilfe, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 25 Reichspfennig täglich, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.“ Wie bereits erwähnt, ist also das Stillen durch die Wöchnerin selbst Voraussetzung für die Gewährung dieser Leistung. So ist es beispielsweise nicht zu zahlen, wenn die Mutter an Stelle ihres eigenen Kindes fremde Kinder stillt. Weiter ist es natürlich auch dann nicht zu zahlen, wenn die Mutter ihr Kind durch eine andere Person (Amme) stillen läßt. Durch Vorlegen von Bescheinigungen der Säuglingsfürsorgestellen, der Ärzte oder der Hebammen muß die Mutter der Kasse gegenüber den Nachweis erbringen, daß der Säugling von ihr selbst gestillt worden ist bzw. gestillt wird.

Lied der Aufsichtsräte.

Leben ist jetzt ein Vergnügen
Hier auf dieser schönen Welt;
Ist der Ausweis uns gestempelt,
Dann erhält man auch sein Geld.

Warum soll man da noch schuffen,
Wenn das Nichts in wird bezahlt?
Mögen Dumme schwitzen, pusten,
Ob es warm ist oder kalt.

Aus der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 19 vom 12. März 1929.

Es sind nun leider die Fälle nicht selten, in denen die Wöchnerin während oder nach der Entbindung stirbt. Nach dem klaren Wortlaut der oben wiedergegebenen Bestimmung kann dann Stillgeld nicht, bzw. nicht weitergewährt werden, da ja die Verstorbene nicht mehr stillen kann. Für derartige Fälle hat der Gesetzgeber jedoch eine andere Bestimmung geschaffen. Dieselbe lautet: „Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum tagungsgemäßen Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.“ Jeder Leser dieses Gesetzestextes wird nun annehmen, daß das Stillgeld auch nach dem Tode der Wöchnerin weiterzuzahlen ist. So einfach sind nun weder die deutschen Gesetze auszulagen, noch bewegt sich so einfach und verständlich die Rechtsprechung. Der bekannte Kommentar zur Wochenhilfe von Dr. Jaeger schreibt über die Auslegung dieser Gesetzesvorschrift: „Das Stillgeld ist, wenn die Versicherte bei der Entbindung stirbt, auf jeden Fall zu zahlen, da bis zum, hier nicht zu erbringenden, Beweis des Gegenteils angenommen werden muß, daß die Verstorbene ihr Kind gestillt hätte. Erfolgt das Ableben jedoch erst während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so kann eine Fortzahlung des Stillgeldes nur dann in Frage kommen, wenn die verstorbene Mutter ihr Kind bis zum Todesstage oder wenigstens noch so kurz vorher gestillt hat, daß bei ihrem Weiterleben voraussichtlich nicht ein Abbruch, sondern nur eine Unterbrechung der Stillfähigkeit vorgelegen hätte.“ Nach dieser Auslegung ist also das Stillgeld auf jeden Fall dann zu zahlen, wenn die Schwangere beim Geburtsvorgang stirbt. Man nimmt dann an, daß die Wöchnerin das Kind gestillt hätte, wenn sie am Leben geblieben wäre. Die Rechtslage wird dann anders, wenn die Wöchnerin nach der Geburt, jedoch noch während des Leistungsbezuges der Wochenhilfe ablebt. In diesem Falle wird das Stillgeld nur dann nach dem Tode gewährt, wenn die Wöchnerin bis zu ihrem Ableben oder wenigstens bis kurz vor demselben das Kind gestillt hat. Ist dies nicht der Fall gewesen, dann wird das Stillgeld nicht weitergezahlt.

Stillgeld und Wochengeld werden nach dem Tode der Wöchnerin an den gezahlt, der das Kind „unterhält“. In Frage kommt hier nur der, der das Kind auch wirklich unterhält, nicht der, der hierzu verpflichtet ist, es aber nicht tut. In erster Linie kommen hier der Vater und sonstige Verwandte in Betracht. Es kann dies aber auch eine amtliche Stelle sein (Berufsvormund, Fürsorgeamt usw.). K-3.

Wochenendkursus in Ripsdorf am 12. und 13. April 1930 für den Gau Sachsen.

Diesmal trafen wir uns alle wieder — das 2. Mal — zur gemeinsamen Arbeit, mit frohem Mut und guter Laune. Nach kurzen, einleitenden Worten des Kollegen Häppler ging man zum ersten Tagesordnungspunkt über:

„Wie schützt sich die erwerbstätige Frau vor den gesundheits-schädlichen Einflüssen ihrer Arbeit?“ Die Referentin, Frau Dr. med. Krüger, wies auf die Gefahren in den verschiedenen Industrie-gruppen hin, so unter anderem in der Gemischen, Papier-, Gummi-industrie und den Lumpensortieranstalten, infolge von Gasen, Verarbeitungen von Stoffen, Einwirkungen des Staubes auf die Lunge. Besonderer Wert muß auf die hygienischen Einrichtungen gelegt werden. Gute und luftige Aufenthaltsräume müssen geschaffen werden, ebenso die notwendigen Waschgelegenheiten. Bei Jugendlichen muß man viel Wert auf längere Pausen legen. Die Gesundheit ist das einzige Gut, das der Proletarier besitzt. Die Arbeit ist durch die Technik charakterisiert, sie ist mehr Nebenarbeit als Muskelarbeit.

Referentin wies auch auf die besondere Gefährdung der Schwangeren hin und auf die Erkrankungen, welche durch verschiedene Arbeitsmethoden in die Erscheinung treten.

Der zweite Tagesordnungspunkt, „Die Arbeitslosenversicherung und die Frau“, wurde von dem Kollegen Jeremies (Wahren) behandelt. Der Redner schildert die Stellung der Frauen im Produktionsprozeß, die Pflicht ihrer Einflüsse auf die Sozial-gesetzgebung im Interesse der arbeitenden Frauen, und erläutert die in Frage kommenden Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung und die Auslegung der Paragraphen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in der Praxis.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Erler (Dresden) über: „Weisen und Bedeutung der gegnerischen Gewerkschaften“. Referent schilderte die Entstehung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. Christliche und Kirch-Dunkersche Gewerkschaften haben keine positive Idee, die sie den freien Gewerkschaften entgegenstellen könnten. Die positive Idee des Sozialismus wird die freie Gewerkschaft vorwärtsbringen, vorwärtsstreben. Die ganze geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaften zeigt, daß sie nicht ziellos sein kann.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung sprach die Kollegin Jammert (Hannover) über: „Die Arbeiterinnenfrage als Gewerkschaftsproblem“. Mehr als man ahnt, wird der Arbeiterinnenfrage Interesse entgegengebracht; nicht nur durch die Gewerkschaften und die politischen Parteien, sondern auch durch andere Körperschaften.

Die Arbeiterinnenfrage tritt als soziales Problem sehr stark in die Erscheinung. In Betrieben, wo recht viele Arbeiterinnen vorhanden sind, drängt man immer mehr dazu, die soziale Frage in den Vordergrund zu rücken. In unserer heutigen Zeit spielt die Frage der Fabrikarbeiterinnen eine große Rolle. Wie sich diese Bewegung auswirkt, wird die Zeit lehren.

Die Arbeiterinnenfrage ist zugleich ein politisches Problem. Erkannt wurde die Gleichberechtigung der Frau durch die Gewerkschaften und durch die Sozialdemokratische Partei. Als Erfolg wurde unter anderem das Wahlrecht der Frauen erreicht.

Durch die Vertretung der Frauen in den Parlamenten ist es ihnen möglich, mitzuhelfen an dem Ausbau der wohlfahrts-politischen Einrichtungen.

Die Gegenwartsforderungen der Gewerkschaften sind Erzielung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit. Gerade die Lohnfrage der Frau ist ein großes Gewerkschaftsproblem. Ebenso der Arbeiterinnenlohn.

Die Frauen müssen sich mehr denn je an den Betriebsrats-wahlen beteiligen. Das Interesse dafür läßt noch viel zu wünschen übrig.

Hoffen und wünschen wir, daß im Laufe der kommenden Zeit sich die Frauen mehr als bisher für ihre Interessen einsetzen und mitkämpfen. Emma Strauß (Dresden).

Jugendbewegung.

Gewerbeordnung und Jugendschutz.

Unter dieser Überschrift bringt Walter Contat in der Nr. 19 des „Proletarier“ vom 22. März 1930 einen Artikel „Jugendbewegung“. Der Verfasser dieses Artikels scheint die neueren Bestimmungen des Arbeitsrechts nicht zu kennen. Ich will nur einiges herausgreifen. In dem Artikel heißt es:

„Jugendliche Arbeiter, welche täglich 6 Stunden beschäftigt werden, müssen mindestens eine halbe Stunde Ruhe haben; bei achtstündiger Arbeitszeit ist eine Stunde Mittag zu gewähren.“

Hierzu bestimmt die „Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter“ vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918 in Ziffer V Absatz 3:

„Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, die höchstens vier Stunden täglich beschäftigt werden, braucht keine Pause gewährt zu werden. Bei einer täglichen Beschäftigungszeit von mehr als vier, aber nicht mehr als sechs Stunden ist eine viertelstündige Pause, bei einer täglichen Beschäftigungszeit von mehr als sechs, aber nicht mehr als acht Stunden sind eine halbstündige oder zwei viertelstündige Pausen, und bei längerer Beschäftigung sind die in den Paragraphen 136 und 137 der Gewerbeordnung vorgegebenen Pausen zu gewähren.“

Weiter heißt es in dem Artikel: „Arbeiterinnen dürfen in der Nachtzeit von acht Uhr abends bis sechs Uhr morgens nicht beschäftigt werden.“

Hier kommt dieselbe Ziffer V Abs. 1 in Frage.

„In zwei- und mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeiterinnen bis 10 Uhr abends beschäftigt werden. Allerdings muß denjenigen nach Beendigung der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 16 Stunden gewährt werden.“

Diese 16stündige Ruhepause steht auch im Gegensatz zu dem vom Artikelschreiber angeführten Absatz der Gewerbeordnung, wonach den Arbeiterinnen nur eine Ruhepause von 11 Stunden zu gewährt ist.

Der Absatz 3:

„Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen mindestens eine Stunde Mittag gewährt werden.“

kommt heute auch nicht mehr in Frage. (Nur bei längerer als achtfündiger Arbeitszeit.) Weiterhin wird behauptet, daß § 138a für außergewöhnliche Verlängerung der Arbeitszeit in Frage komme und dieselbe 12 Stunden täglich nicht überschreiten dürfe. Das Arbeitszeitgesetz vom 14. April 1927 läßt nur eine Höchst-arbeitszeit bis zu 10 Stunden zu.

Der Artikelschreiber gibt den Rat, in allen Fällen in der Gewerbeordnung nachzuschlagen. Mit dem Vorstehenden glaube ich beweisen zu haben, daß heute die Gewerbeordnung allein nicht mehr maßgebend ist, sondern nur in Verbindung mit den neueren arbeitsrechtlichen Bestimmungen anzuwenden ist. — Wenn man Artikel schreibt, so sollten sie meiner Ansicht nach auch so abgefaßt sein, daß sie keine falschen Ansichten hervorrufen. Georg Schilling.

Wirtschaftliches.

Ein Ausschuß für internationale Rationalisierungsfragen.

Beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit wurde ein Ausschuß für internationale Rationalisierungsfragen gebildet. Es soll Aufgabe dieses Ausschusses sein, dem R.W. Richtlinien für seine Eingliederung in diese internationale Bewegung zu geben. Insbesondere soll der Ausschuß die deutsche Vertretung gegenüber den ausländischen und internationalen Rationalisierungsstellen übernehmen. Neben verschiedenen Herren vom R.W. und Vertretern der Arbeitgeberverbände gehört Kollege Peter Grafmann als Vertreter der Gewerkschaften zu diesem Ausschuß.

Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt. (Herausgegeben von der Dresdener Bank.)

Table with 2 columns: Item and Value. Items include Bevölkerung, Volkseinkommen, Goldbestand, Außenhandel, etc.

In der Nahrungsmittelindustrie wurde für die bei der Firma Erie u. Voh beschäftigten Facharbeiter ein Aufschlag von 10 Pf., für ungelernete Arbeiter ein Aufschlag von 8 Pf. und für Arbeiterinnen ein solcher von 7 Pf. pro Stunde erreicht.

Webel. Bei den Vereinigten Deutschen Zuckerfabriken AG, Schulan, gehörten dem alten Betriebsrat zwei oppositionelle Mitglieder an. Bei Aufstellung der Kandidatenliste für den neu zu wählenden Betriebsrat wurde diesen beiden Kollegen freigestellt, sich wie sonst mit auf der Liste der freien Gewerkschaften aufstellen zu lassen.

Wittenberg. Am 27. April fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Kollege Wassner beantragte, einem Vertreter der Produktionsgenossenschaft zu einem Vortrag: „Über den Stand der Genossenschaft“ das Wort zu geben.

Zwickau. Eine überaus gut besuchte Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre tagte am 18. April. Das gut gewählte Thema des Kollegen Salomo vom Hauptvorstand, „Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zum Betriebsratsgesetz“, das in Form der Arbeitsgemeinschaft behandelt wurde, weckte bei allen Anwesenden lebhaftes Interesse.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die KPD als „Sieger“.

In den Monaten März und April hat die KPD-Presse fortgesetzt bedeutende Siege bei den Betriebsratswahlen gemeldet. Diese Siegesberichte erinnern an jene während des Weltkrieges. So fabuliert die KPD-Presse auch jetzt wieder über bedeutende Erfolge am Niederrhein.

Unser Aufgabe wird sein müssen, um bei den weiteren Lohnverhandlungen Erfolge zu erreichen, die Organisation weiter zu befestigen und die Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen.

Reinholdenleben. Eine Delegierten-Konferenz der Bezirkszahlstelle fand am 18. April 1930 im Gewerkschaftshaus statt. Von 35 waren 33 Delegierte erschienen. Das Andenken der vier verstorbenen Kollegen Lühke, Hergt, Becker und Helmecke wurde in üblicher Weise geehrt.

Die Konferenz brachte hierauf dem 60 Jahre alten Kollegen Nordmann, der 30 Jahre ununterbrochen als Unterkassierer tätig ist, ihren Glückwunsch dar.

Ein besonderes Kapitel behandelte eine Entscheidung des Arbeitsgerichts betr. Haftung der Arbeitgeber bei Anbruch von Streikaktionen. Die Unternehmer haben es immer verstanden, für jeden Schaden die Gewerkschaften haftbar zu machen.

In der Grobkeramik ist das Lohnabkommen im Bezirk Magdeburg gekündigt. In der Altmark steht die Kündigung bevor. Die Arbeitsmöglichkeiten sind besser geworden. In der Zuckerindustrie ist in allen Bezirken das Lohnabkommen von den Arbeitgebern gekündigt.

Die Stärke- und Flachsenindustrie liegt noch still. Hinzu kommt jetzt noch ein neuer Industriezweig, die Krabbenindustrie. Bis jetzt sind 1612 Arbeiter beschäftigt, davon sind 563 organisiert. In dieser Abteilung der Konsumenindustrie wirkt sich besonders die Heimarbeit aus.

In der Feinkeramik besteht gegenwärtig eine tariflose Zeit. Mantelfabrik sowie Arbeitszeit wurden zum 31. März gekündigt. Der in Nürnberg gefällte Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt.

Besonders hart umstritten ist die Einrichtung der Preiskommission. Die Absicht der Unternehmer geht dahin, die Preiskommission abzuschaffen, um die Preise mit den einzelnen Arbeitnehmern festzusetzen. Die Folge würde sein, daß sich nicht jeder Kollege zum Preisemachen eignet, daß statt einer Lohnerhöhung eine Lohnsenkung einsetzen würde.

Der Verband feiert in diesem Jahre sein 40jähriges Bestehen. Es soll eine Festschrift in Buchform herausgegeben werden. Beschlüsse wurde, 100 Glück zu bestellen. Einmütig beschlossen wurde, auch hier dieses Jubiläum durch eine feierliche Feier zu begehen.

Ein Antrag der Radfahrer auf Bewilligung einer Beihilfe für die Teilnehmer am Bundesstreifen in Dresden wurde abgelehnt. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, den teilnehmenden jugendlichen Mitgliedern unseres Verbandes je 9 Mk. Reisezuschuß zu bewilligen.

Über die Gewerkschaften am 15. und 16. Februar berichtete Kollege Schmidt (Altthaldeleben). Der Kassenbericht gab Kollege Schoof. Der Wirtschaftsbefrag war im ersten Quartal 1911 Mark. 22 048 Markten wurden verkauft. Auf das Mitglied entfielen 11,7 Markten. Vorhanden waren 433 Erwerbslose.

Den Schluß der Konferenz bildete eine Ansprache über die von der Reichsregierung beschlossenen Festschätzungen. Die gesamte Arbeiterschaft muß bald erkennen, daß nur ein von sozialistischer Mehrheit geregelter Staat die Arbeiterschaft vor dem Niedergang schützen kann.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Am 22. April 1930 hielt die Zahlstelle ihre Versammlung für das 1. Quartal 1930 ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die diesjährigen Wahlen zur Vertreterversammlung sich wieder äußerst lebhaft gestaltet haben. Die sogenannte revolutionäre Opposition unter Führung der KPD, verfiel in einer ganzen Reihe von Distrikten, die Mehrheit der Vertreter aus ihren Reihen zu stellen. Das ist ihr nicht geglückt. Durch die von den Verwaltungsgeschäftern der Zahlstelle beschlossenen Maßnahmen, wonach die im Januar 1930 abgehaltenen Distriktsversammlungen grundsätzlich zu eröffnen waren und andererseits die Mitglieder angewiesen waren, nur in dem Distrikt ihre Stimme abzugeben, in dem sie wohnen, war es der Opposition nicht möglich, den von ihr beliebigen Schlepperdienst wie in den Vorjahren durchzuführen.

Insgesamt wurden in den Januar-Distriktsversammlungen bei der Wahl zur Vertreterversammlung 1061 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Kandidaten der KPD 79. Für die Liste der Opposition wurden nur 232 Stimmen abgegeben. Der Erfolg ist, daß heute die Oppositionsrichtung in der Vertreterversammlung nicht mehr vertreten ist.

Bei den Betriebsratswahlen verfiel die Oppositionsrichtung mit Hilfe der Unorganisierten und auf Befehl der KPD, die im Januar erlassene Schlappe wieder weitzumachen. Das ist ihr nicht gelungen, trotzdem sie wegen Mangels an geistigen Waffen in ihren Zeitungsartikeln, die in vermehrter Anzahl in den Betrieben verteilt wurden, den Verband und seine Vertreter mit Dreck bewarfen.

Wir sehen uns genötigt, zur Richtigerstellung der in den Zeitungsartikeln angeführten Behauptungen Gegenchriften in den Betrieben zur Verteilung zu bringen. Das ist zwar kein angenehmer Zustand. Diese Arbeit war aber notwendig und hat erstensweise mit dazu beigetragen, den Mitgliedern in den Betrieben die Augen zu öffnen, so daß auch bei den Betriebsratswahlen im Vergleich zum vorigen Jahre die Opposition weiter ins Hintertreffen geraten ist.

In drei größeren Betrieben, in denen die Opposition in den vorangegangenen Jahren die Führung in den Händen hatte, wurde trotz unserer Bemerkungen, nachdem man sich in einer freigelegten Betriebsratwahl über die Kandidatenliste verständigt hatte, die oppositionelle eingereicht. In Betracht kommenden Betrieben, die auf den oppositionellen Listen kandidierten, sind durch Aufreiben von der Verwaltung auf die bestehenden Verbands- und Kompartenlisten angesetzt gemacht und angefordert worden, erst von den Listen zurückzutreten. Dieser Aufforderung hat man nicht Folge geleistet, so daß wir gezwungen waren, für die 31 in Betracht kommenden Kollegen auf Grund des § 14 Abs. 3 und 5 den Ausschluß beim Hauptvorstand zu beantragen.

Dieser Ausschluß ist erfolgt. Der bisherige Verlauf der Wahl zeigt uns deutlich, daß unsere Kollegenschaft in ihrer Mehrheit nicht mehr gewillt ist, sich dem Diktat der KPD und ihrer Anhänger zu unterstellen, und das ist gut so.

Ang der nächsten Wirtschaftstage und der Überführung des Arbeitsmarktes ist es uns gelungen, in einer Reihe von Betrieben im Laufe des ersten Vierteljahres Lohnserfolge zu erreichen. In der chemischen Gruppe gelang es, für die Lack- und Farbenerbeiter einen Aufschlag von 3 Pf. pro Stunde zu erzielen. Für die Elementindustrie trat eine Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen um 3 Pf. und für Arbeiter von 4 Pf. in Aussicht.

Rundschau.

Wie komme ich zu einem Fahrrad? Diese Frage wird jetzt, da das Frühjahrswetter eingeseht hat, so manche Kollegin und manchen Kollegen bewegen. Die Zeiten sind schwer und das Geld für ein Fahrrad nicht immer gleich vorhanden. Hinzu kommt, daß das Fahrgeld für die Berufsfahrt infolge der Erwerung die Einkünfte noch ungewöhnlich schmälert. Da ist es notwendig, wieder einmal auf unser gewerkschaftliches Eigenunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Lichtenrade, aufmerksam zu machen. Die Abgabebedingungen sind immer noch die gleichen. Für 3-Mk.-Wochenraten können die Kolleginnen und Kollegen in den Groß-Niederlagen resp. Abgabellagern der Ortsausschüsse des ADGB die vorzüglichen Lindcar-Räder beziehen. Wo Läger nicht vorhanden sind, wird der Versand vom Werk aus direkt an die Besteller vorgenommen. Auskunft und Rat wird auf jeden Fall durch die Ortsausschüsse oder die freigewerkschaftlichen Verbände erteilt.

Bezirkszahlstelle Stendal-Tangermünde

Vom 1. Mai an befindet sich unser Büro in Stendal: Hallstraße 44, 1. Et., in Tangermünde: Bahnhofstraße 72. Das Büro Stendal ist geöffnet: Montag, Mittwoch, Freitag; das Büro Tangermünde ist geöffnet: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, vorm. 11-12.30 Uhr, nachm. 4-5.30 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen. Die Verwaltung. [4 Mk.]

„Ein guter Tip“

ist die Lösung (eingereicht vom Kollegen Karl Bergner, Leipzig, Charlottenstr. 21), auf die der erste Preis unseres Filmpreisausschreibens „Tausend Meter Film suchen einen Namen“ fiel. Die Preise 2 bis 10 entfielen in folgender Reihe auf nachstehende Kollegen: Franz Schrader, Versbach h. Würzburg, Jahenstr. 116 1/3 Franz Hawlizeck, Bremen, Grabsbergerstr. 67 H. Kegelmann, Bochum, Grabenstr. 37 Gustav Schreiber, Braunschweig, Döringstr. 1 Paul Richter, Gitterssee h. Dresden, August-Bebel-Str. 4 August Kollin, M.-Gladbach, Brunnenstr. 113 Martin Becker, Leipzig C 1, Gemeinestr. 26 Adolf Pittroff, München, Auenstr. 80 und Schül. Agnes Lummer, Essen-Borbeck, Neustr. 116a

Ein guter Tip ist der Kauf eines LINDCAR-FAHRRADES gegen Wochearten von 3 - Mark durch unsere Niederlagen und die Ortsausschüsse des ADGB. vom Eigenunternehmen der Gewerkschaften LINDCAR-FAHRRADWERK Aktiengesellschaft Berlin-Lichtenrade

Chemische Industrie

Folgen des neuen Stickstoffsyndikats.

Im „Proletarier“ Nr. 17 d. J. haben wir über den Abschluß des neuen Stickstoffsyndikats in Deutschland berichtet und über die Auswirkungen dieses Abkommens, die zu einem Stickstoffmonopol führen. Als erste Folge dieses Syndikatsvertrages ist festzustellen, daß das, was wir hinsichtlich der zu erwartenden Überproduktion in Stickstoff sagten, bereits praktisch von der stickstoffherzeugenden Industrie verhindert werden soll. Wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ berichtet, hat im Zusammenhang mit den vor einigen Tagen abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Stickstoff-erzeugern des Ruhrgebietes und dem Stickstoffsyndikat in Berlin bzw. der I.-G. Farbenindustrie die Verwaltung der Gelsenkirchener Bergwerks-WG. sich entschlossen, das in aller Stille vorbereitete Projekt der Errichtung einer eigenen Fabrik für die Herstellung von künstlichem Stickstoff für absehbare Zeit aufzugeben. Nach Abschluß des Vertrages gewinnt nach den Folgerungen der „Bergwerks-Zeitung“ die Frage der Rentabilität von Neuanlagen zur Erzeugung von synthetischem Stickstoff infolge einer besonderen Bedeutung, als nach der bisherigen Entwicklung der Marktlage schon bei den bisher bestehenden Anlagen nicht mit einer vollen Ausnutzung der quotenmäßigen Beteiligung gerechnet werden kann.

Sollen die in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden 1 214 500 Tonnen Stickstoff restlos abgesetzt werden, dann ist Voraussetzung, daß der Markt für dieses Erzeugnis auf den Umfang der Erzeugungsmöglichkeiten ausgeweitet wird. Nach den gegenwärtigen Verhältnissen ist es jedoch nicht so einfach, so daß damit gerechnet werden muß, daß Erzeugungsmöglichkeiten und Absatz auf dem Gebiete der Stickstoffindustrie in den nächsten Jahren Schwankungen unterliegen. Dabei werden die Erzeugergruppen verschiedenen Belastungen ausgesetzt sein. Verhältnismäßig günstig ist die Position der I.-G. Farbenindustrie, da sie neben der großen Erfahrung auf dem Gebiete der Stickstoffsynthese über Produktionsbetriebe verfügt, die fast restlos abgeschrieben sind, währenddem die Zechenindustrie zu einem großen Teil riesige Summen in Stickstoff-Neuanlagen investiert hat, ja zum Teil große Summen im Auslande als Anleihen zur Finanzierung von Stickstoffanlagen aufgenommen hat. Des weiteren kommt hinzu, daß die Stickstoffproduktion im Programm des Farbentrustes nur ein Teilbetrieb ist, so daß hier Ausgleichsmöglichkeiten in der Gesamtproduktion vorhanden sind, während die Stickstoffanlagen der Bergbauindustrie die vollen Stöße der Marktschwankungen aushalten müssen.

Wir sind der Auffassung, daß der Machtkampf zwischen der Großchemie und der Bergbauindustrie, die versucht, nach langem Zögern dem Eindringen der Chemie in ihre früheren Stützgebiete entgegenzuwirken, noch nicht in das endgültige Stadium eingetreten ist. Bei der schnellen Entwicklung der chemischen Arbeitsverfahren wird der Zusammenstoß zwischen Chemie und Bergbau in absehbarer Zeit in noch heftigeren Formen als bisher stattfinden. **A. Segerer.**

Revisionsbericht des Ural-Kalitrufts.

Die Kaliausbeute leidet unter der Planlosigkeit. — Der Schachtbau wird im Schildkröten tempo geführt. — Ohne Projekte. — Der Plan wird nicht ausgeführt. — Die Direktive über Senkung der Baukosten ist nicht ausgeführt worden. — Die Arbeiter werden systematisch betrogen.

„Die Bergbau-Industrie“, Nr. 17, vom 26. April 1930 brachte diesen Artikel:

Die von der Arbeiter- und Bauerninspektion für den Uralbezirk unter Teilnahme von Arbeiterbrigaden und von Vertretern öffentlicher Organisationen kürzlich abgeschlossene Revision der Tätigkeit des Ural-Kalitrufts hat ernste Mängel deutlich offenbart. Die Bauaktivität des Trufts wurde und wird ohne feste Pläne und Projekte durchgeführt. Der erste große Bau des Kalitrufts, der Schacht Nr. 1, wurde 1927 auf Grund eines Projektes begonnen, das auf nur bedingt geltenden geologischen Unterlagen aufgebaut ist. Seitdem hat der Truft fast ausschließlich mit bedingt geltenden und unmaßstäblichen Berechnungen und Projekten gearbeitet.

So wurde ursprünglich die Jahresförderung von Rohsalzen auf 400 000 Tonnen veranschlagt. Jedoch schon bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für 1928/29 wurde das Förderpensum auf 1 Million Tonnen erhöht. Und die neueste Fassung des Fünfjahresplanes für die Kalindustrie sieht für 1932/33 eine Jahresförderung von 1,5 Millionen Tonnen, eine Produktion der Salzmühle ebenfalls von 1,5 Millionen Tonnen und eine Produktion der chemischen Fabrik von 1,1 Millionen Tonnen.

Alle diese Berechnungen sowie die Selbstkostenkalkulationen für rohes und aufgeschichtetes Salz sind auf sehr schwankendem Boden aufgebaut, da die Grundfragen der Kaliproduktion weder erforscht noch durchgearbeitet sind: die Fragen der Rohstoffvorräte, der technischen Verfahren, der Kosten der Unternehmung und der Rentabilität der Aufwendungen und endlich die Organisation des Transports und der Absatzmärkte.

Das Arbeiten des Kalitrufts ohne festgelegte Pläne und Projekte hat auch weitere Unregelmäßigkeiten im Verlauf der Bauarbeiten zur Folge gehabt. Um die Arbeiten, die in Angriff genommen wurden, genehmigen zu lassen, erbat der Truft bei der Hauptverwaltung für chemische Industrie jeweils Einzelgenehmigungen für Teilobjekte. Die Hauptverwaltung der chemischen Industrie erteilte dann auch die erforderlichen Genehmigungen entgegen den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juni 1929, die das Verfahren für die Genehmigung über den Grundplan hinausgehender Bauvorhaben vorschreiben.

Auf diese Weise erhielt der Truft die Genehmigung für den Bau einer mechanischen Werkstätte, einer Holzbearbeitungs-

fabrik, einer Rettungstation und eines Laboratoriums sowie für das Legen der Fundamente für das Kraftwerk und die Salzmühle. Auf Grund dieser Genehmigungen hat der Truft im September das Ural-Industriekontor beauftragt, mit den Bauarbeiten zu beginnen. Und nun wurden die Fundamente des Kraftwerkes und der Salzmühle gelegt, ohne daß vorher die Berechnungen nachgeprüft und mit den Fundamenten für das zukünftige Bauprogramm in Einklang gebracht worden sind, sogar ohne die erforderliche Prüfung der Widerstandsfähigkeit des Bodens, den der Truft selbst als „für hohe Bauten ungeeignet“ bezeichnet.

Die Projektionsarbeiten schreiten bei dem Truft sehr langsam fort. Im Wissenschaftlich-Technischen Rat bleiben sie 8—10 Monate lang liegen, bis sie geprüft werden. Für 1929/30 besitzt der Truft bis jetzt Projekte nur für 40 Prozent des Bedarfs, während Kostenschätzungen nur für die Schächte vorhanden sind.

Die Bauarbeiten und das Abteufen der Schächte schreiten im Schildkröten tempo fort. So war für 1828/29 in Aussicht genommen worden, den Schacht Nr. 1 von 70 auf 200 Meter niederzubringen; in Wirklichkeit aber wurde der Schacht nur um 35 Meter niedergebacht. Auf diese Weise sind in zwei Jahren nur 105 Meter abgeteuft worden, d. h. nicht mehr als 40 Prozent der projektierten Tiefe. Die Kosten des Abteufens eines Meters haben die veranschlagte Berechnung um 80 Prozent überliegen (22 000 statt 12 000 bis 13 000 Rubel).

Die Plünderung.

Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeiterslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.

Marx und Engels.

Es ist nicht verwunderlich, daß bei einem so trägen Tempo der Entwicklung der Bauarbeiten der Bauvoranschlag für 1928/29 in erheblichem Maße nicht ausgeführt wurde (bei dem Abteufen des Schachtes Nr. 1 beträgt der Rückstand 72 Prozent, des Schachtes Nr. 2 50 Prozent, bei dem Bau der Industrieanlagen 30 Prozent und beim Wohnungsbau 40 Prozent). Nicht ausgeführt worden ist vom Truft auch die Direktive über die Senkung der Baukosten um 15 Prozent.

Sehr langsam werden auf dem Gelände des Trufts die geologischen Forschungsarbeiten geführt, die deshalb eine rechtzeitige und volle technische und wirtschaftliche Fundierung der Bauarbeiten auch nicht gewährleisten. So waren am 1. Oktober vom Geologischen Komitee die industriemäßigen Bohrungen nur zu 52 Prozent des planmäßigen Jahrespensums durchgeführt.

Absolute Planlosigkeit kennzeichnet auch die Belieferung mit Baumaterialien seitens des Trufts. Die Anforderungen nach Baumaterialien werden von Fall zu Fall gemacht, nicht selten in übertriebenem Ausmaße. Niemand sorgt für eine genaue Ausführung der Verträge über die Lieferung von Baumaterialien an den Truft. Die materielle und finanzielle Rechnungslegung ist im Truft schlecht organisiert und äußerst vernachlässigt.

Die Folge des plan- und projektlosen Bauens ist, daß das Gelände des Kalibergwerkes durch provisorische Bauten und Gebäude, die in nächster Zeit abgerissen werden müssen, vollgefüllt ist. Bei der Errichtung des provisorischen Kraftwerkes ergab sich ein technischer Berechnungsfehler; die Leistungsfähigkeit des Kraftwerkes erwies sich als unzureichend. Die Auswahl der Arbeiter und des technischen Personals für das Kraftwerk war ganz unbefriedigend. Die geringe Befähigung der Arbeiter setzt das Kraftwerk Beschädigungen aus (eine Beschädigung ereignete sich denn auch vor kurzem).

Die Fluktuation der Belegschaft des Trufts im Jahre 1928/29 beziffert sich auf 150 Prozent der gesamten Arbeiterzahl. Eine nicht geringe Rolle unter den Ursachen eines so hohen Arbeiterwechsels spielen neben der unbefriedigenden Organisation der Lebensmittelversorgung, den schlechten Wohnungsverhältnissen und den niedrigen Löhnen auch die Mißstände in der Entlohnung der Arbeiter, die von den Buchhaltern des Trufts systematisch betrogen wurden.

Die gewerkschaftliche Arbeit im Kalibergbaubezirk befindet sich im Zustande eines vollen Verfalls, hauptsächlich infolge des allzu häufigen Wechsels der Leiter des Grubenbetriebsrats. Mit dem sozialistischen Wettbewerb ist es in der letzten Zeit ganz still geworden. Die Produktionsausschüsse und -konferenzen geben keine Lebenszeichen von sich. Eine Kulturarbeit für die Arbeiter fehlt völlig.

Jetzt hat die Arbeiter- und Bauerninspektion für den Uralbezirk eine Reihe von Maßnahmen zur Hebung und Wiedergutmachung der zahlreichen Mißstände in der Arbeit des Kalitrufts in Aussicht genommen. Der Truft ist darauf hingewiesen worden, daß er die Frage der Senkung der Baukosten mit unzureichender Aufmerksamkeit bearbeite.

M. Chwolos in „Ekonomitscheskaja Shisa“, Nr. 277, vom 1. Dezember 1929.

Papier-Industrie

Rationalisierung in der Papiererzeugungsindustrie.

III.

Im zweiten Artikel haben wir auf die internationalen Produktionssteigerungen in der Papiererzeugungsindustrie bis zum Jahre 1927 hingewiesen. Daß damit der Drang nach Produktionssteigerungen noch lange nicht beendet ist, beweisen die, wenn auch nur vereinzelt, uns vorliegenden weiteren Produktionszahlen.

Weitere Produktionssteigerungen.

In Kanada stieg die Zeitungsdrukpapier-Produktion, die rund 85 Prozent der kanadischen Papierproduktion überhaupt beträgt, von 1925 bis 1929 um 79 Prozent.

Die deutsche Papierproduktion stieg von 1912 bis 1929 um 32 Prozent, und die Pappenproduktion um 16,2 Prozent. Von 1913 bis 1929 vollzog sich in der Zellstoffproduktion eine Steigerung um 43,4 Prozent und in der Holzstoffproduktion um 26,4 Prozent.

Gemessen an den Produktionsindexzahlen stieg die englische Papiererzeugung von 1924 bis 1929 um rund 34 Prozent. Von 1913 bis 1928 stieg die norwegische Holzstoffproduktion um 72,7 Prozent, die Zellstoffproduktion um 32,6 Prozent und die Papier- und Pappenproduktion um 84,3 Prozent.

Die polnischen Produktionssteigerungen betragen von 1925 bis 1928 an Papier 64,2 Prozent, an Pappen 108,8 Prozent und an Zellstoff 82,4 Prozent.

Auch die russische Papierproduktion stieg von 1924 bis 1929 um rund 80 Prozent.

Ähnliche Produktionssteigerungen dürften auch in den übrigen an der internationalen Papiererzeugung interessierten Staaten eingetreten sein. Die Errichtung neuer Betriebe und die Aufstellung verbesserter neuer Maschinen in den verschiedenen Papierproduktionsstaaten beweist, daß dieser Steigerungsprozeß noch lange nicht beendet ist.

Produktions-Kapazitäten.

Trotz dieser außerordentlich hohen Produktionssteigerungen wurde die vorhandene Produktions-Kapazität in den einzelnen Staaten bisher fast ausnahmslos noch nicht einmal voll ausgenutzt. Auch darüber einige Zahlen, die sich auf Meldungen in der Fachpresse aus der letzten Zeit stützen.

Danach betrug die Ausnutzung der Produktions-Kapazität im Jahre 1929 in der amerikanischen Papiererzeugungsindustrie nur 75 Prozent; in Kanada wurde die Zeitungsdrukpapier-Produktion nur zu 80 Prozent der vorhandenen Kapazität ausgenutzt. Für Deutschland betrug die Ausnutzung der Produktions-Kapazität für 1928 86 Prozent und dürfte 1929 auf rund 90 Prozent gestiegen sein. Infolge der außerordentlich stark bemerkbaren Absatzkrise in Deutschland wird die Ausnutzung der Produktions-Kapazität im Jahre 1930 bis jetzt allerdings ganz erheblich unter dem Jahre 1928 liegen.

Die polnische Papiererzeugungsindustrie, die gleichfalls erhebliche Produktionssteigerungen in den letzten Jahren aufzuweisen hat, konnte im Jahre 1928 ihre Produktions-Kapazität an Papier nur zu 78,6 und an Pappe nur zu 78,8 Prozent ausnützen.

Nach unserer Auffassung liegen in den übrigen an der internationalen Papiererzeugungsindustrie hauptsächlich beteiligten Staaten die Ausnutzungsverhältnisse der vorhandenen Produktions-Kapazitäten ähnlich.

Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung.

Abatz und Verbrauch ergeben die Vorbedingungen zu einer wirklich praktischen Lösung des Produktionsproblems. Es ist deshalb bei der Beurteilung der Frage nicht ohne Bedeutung, den wirklichen Papierverbrauch in den hauptsächlichsten Staaten kennenzulernen. Wir geben nachstehend die uns bis jetzt bekannten Verbrauchszahlen von Papier auf den Kopf der Bevölkerung wieder:

Staaten	Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölker.		
	1900 Kilo	1927 Kilo	1929 Kilo
Vereinigte Staaten . . .	19	62	70
Großbritannien	19	37	38
Deutschland	13	26,5	24
Dänemark	—	—	24
Holland	—	21,5	26
Frankreich	—	20	18
Schweden	—	20	25
Schweiz	10	19	32
Belgien	—	19	24
Norwegen	—	14,5	—
Österreich	—	14	—
Finnland	—	11	—
Japan	—	10,5	—
Tschechoslowakei	—	10	—
Italien	—	9	—
Spanien	—	6	6
Rußland	2	3	4,5
Brasilien	—	—	3
Ägypten	1,7	—	2,4

Die Verbrauchszahlen für 1927 wurden der bereits erwähnten Statistik der Dresdner Bank und die Verbrauchszahlen von 1900 und 1929 einer Arbeit von Dr. H. St. Klein in Nr. 12, Jahrgang 1930, „Der Papierfabrikant“ entnommen. Dabei bemerkt Dr. Klein, daß die Papierverbrauchszahlen in Kanada und Australien pro Kopf der Bevölkerung etwas höher als in Frankreich liegen und demnach mit ungefähr 19 Kilo angenommen werden können. Während der Papierverbrauch in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1900 bis 1929 um das dreieinhalbfache gestiegen ist, hat sich der Papierverbrauch in Großbritannien und Deutschland seit dieser Zeit nur verdoppelt. In der Schweiz ist im selben Zeitraum eine eineinhalbfache Steigerung erfolgt. Auch Rußland hat seinen Papierverbrauch seit dieser Zeit etwas mehr als verdoppelt.

Theoretische Verbrauchssteigerung.

Der Vergleich der Papierverbrauchszahlen pro Kopf der Bevölkerung für die einzelnen Staaten ergibt die theoretische Möglichkeit, die Absatzgebiete noch gewaltig zu erweitern, bis in allen Kulturstufen der in den Vereinigten Staaten von Amerika vorhandene Papierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung erreicht ist.

Rein theoretisch betrachtet sind also für die internationale Papiererzeugungsindustrie nicht nur in den sogenannten Kulturstufen, sondern auch allgemein betrachtet weitgehende Absatzmöglichkeiten gegeben, so daß von diesem Gesichtspunkt aus auch die fortwährende Steigerung der Produktion als ungefährlich angesehen werden könnte.

In der nackten Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Das Problem der Absatzsteigerung von Papier ist nicht nur eine Frage der Volksbildung und der Volkshygiene, sondern vor allen Dingen auch eine Frage der Steigerung des Volkseinkommens. Erst wenn die breiten Schichten der Völker - Arbeiter, Angestellte und Beamte - in ihren wirtschaftlichen Einkommensverhältnissen, bestehend aus Lohn und Gehalt, derartig günstig dastehen, daß sie über den täglichen Lebensbedarf hinaus größere Mittel für Bildungszwecke und hygienische Bedarfsartikel aus Papier ausgeben können, sind die Grundlagen zu einer Absatzsteigerung geschaffen.

Combined Pulp and Paper Mills.

Diese englische Gesellschaft wurde im Jahre 1927 mit einem Aktienkapital von 700 000 Pfund Sterling gegründet. Sie erwarb damals die Aktien der Kösliner Papierfabrik, AG. Köslin stand zu dieser Zeit in Konzernverbindung mit den Hannoverischen Papierfabriken Alfred-Gronau und der Pergamentpapierfabrik Rube in Weende bei Göttingen.

Für das Geschäftsjahr 1928 wurde eine Dividende von 20,5 Prozent auf Stammaktien und 27 2/3 Prozent auf Defered-Aktien gezahlt. Das Jahr 1929 schließt nur mit einem Gewinn von 100 000 Pfund Sterling ab, die zu Abschreibungen herangezogen werden sollen.

Mittlerweile scheint die Gesellschaft in Finanzschwierigkeiten geraten zu sein, da sie ihre Dividendenrechte auf drei Jahre verpachtete. Allerdings soll dieser Pachtvertrag am 30. September 1929 abgelaufen sein.

Um aus den Finanzschwierigkeiten herauszukommen, hat die englische Gesellschaft Anschluß an eine schwedische Kapitalistengruppe gesucht, die durch Generaldirektor John Olson im Konzern vertreten wird und an den britischen Papierfabrikanten Higgins, Leape & Co., der ebenfalls durch zwei Vertreter an der Konzernleitung beteiligt wird soll.

Die „Papierzeitung“ behauptet nun, daß deutschseits bei der schwedischen Papiererzeugungsindustrie festgestellt wurde, daß Generaldirektor John Olson in den schwedischen Fachkreisen unbekannt sei.

In diesen Vorgängen wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 3. April 1930 aus London mitgeteilt:

Die Finanzlage dieser englischen Holdinggesellschaft deutscher Zellstoffwerke wurde durch ihre letzte Ausdehnung, den Erwerb der Österrischen Papier- und Zellstoffwerke und Schleifische Zellstoff-AG. stark eingesenkt.

Einmal im Jahres aus der Verpachtung der tschechischen Fabriken (Köslin und Alfred-Gronau; 33 000 Pfund Sterling) und Japan auf Vorläufe und Resold auf einen andernorts Holzlieferungsvertrag (31 000 Pfund Sterling) wurden zur Verrentung dieser Kapitalien verwendet, aber es werden immer noch 20 000 Pfund Sterling geschuldet, und die Aktien der tschechischen Fabriken sind, wie auf der Generalversammlung mitgeteilt wurde, einwaisen auf den Namen des Verwalters, der Gesellschaft und des Geschäftsführers bei einer Berliner Bank hinterlegt. Auch über einen Teil der Alfred-Gronau-Aktien hat die Gesellschaft zur Zeit kein festes Verfügungsrecht, diese Aktien wurden in den Rudolstadt-Zusammenhang verwickelt, nachdem sie durch Herrn Bruno Witten (Jesse u. Levin) an diese Firma gelangten. Die Aktionäre wissen ihre Verhältnisse der Bilanz mit allen möglichen Vorbehalten, sie sind der Ansicht, daß für die Schulden der Tochtergesellschaften und der Beteiligung eine ansehnliche Reserve gestellt werden sollte. Die Bilanz selbst zeigt per 30. September 1929 eine starke Kapitalmangel gegenüber dem Vorjahr bei einer Verdreifung der Bilanzsumme auf 1,57 Mill. Pfund Sterling und die Aktien fast ausschließlich Beteiligungen an anderen an Holzgeschäftlichen, während Vermittler von 100 000 Pfund Sterling auf 400 000 Pfund Sterling zurückgegangen sind. Da die Nachwerte zu Recht angelegt sind, muß das gesamte

bleiben. Auf der Generalversammlung sprach man sich optimistisch aus. Nach Abzahlung der Schulden für die Zweidrittelbeteiligung an den schließlichen Werken soll die Leitung der deutschen Gesellschaften in Berlin zentralisiert werden. Seit dem letzten Bericht haben drei Verwaltungsmitglieder, darunter der Chairman, ihre Ämter niedergelegt; zur Zeit ist Sir Walter Lowndes Chairman. Mit schmeichlichen Interferenzen angeknüpfte Verbindungen kommen darin zum Ausdruck, daß Herr John Olson dem Aufsichtsrat beitrete. Die Stammaktien (1 Pfund Sterling Nennwert) sind nach einem Höchstkurs im Jahre 1929 von 36,3 auf 6,3 gefallen; die Nachzugsaktien (1 Schilling Nennwert) notierten 6 Pöns nach 6,6.

Die Revisionsgesellschaft der Combined Pulp (Berry, Froude & Co.) teilt mit, daß die Verwaltung auf die Revisoren einen Druck dahin ausgeübt habe, auch eine andere, der Verwaltung genehme Revisionsgesellschaft mitwirken zu lassen. Die Auditoren bezeichnen diese Einflußnahme als ungewöhnlich, weil ihre Bestätigung den Anteilseignern obliege. Sie sind entschlossen, dem Druck der Verwaltung nicht nachzugeben, sondern um Wiederwahl zu erfragen.

Die finanziellen Verhältnisse dieser Gesellschaft scheinen doch außerordentlich verworren zu sein. Im Interesse der in den deutschen Konzernwerken beschäftigten Arbeitnehmer ist eine öffentliche Klärung der Angelegenheit unserer Auffassung nach dringend nötig.

Der russische Papier- und Holzmarkt.

Von G. Stähler (Hannover).

Rußland ist der größte Waldbesitzer Europas. Von dem europäischen Waldbestand, der auf zirka 300 Millionen Hektar geschätzt wird, besitzt Rußland allein in seinem europäischen Gebiete rund 58 Prozent. Trotzdem also Rußland mit dem Hauptrohstoff der Papiererzeugungsindustrie, mit Papierholz, überreichlich eingedeckelt ist und trotzdem auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Papierverbrauch von 3,5 Kilogramm entfällt, vermag es seinen eigenen Papierbedarf nicht zu decken.

Die Produktion von 1924 bis 1929. Es muß anerkannt werden, daß die russische Regierung, die Besitzerin sämtlicher Betriebe der Papiererzeugungsindustrie ist, eifrig danach strebt, die Papierproduktion im eigenen Staate gewaltig zu heben. Von 1924 bis 1929 war es möglich, die Papierproduktion um rund 80 Prozent zu steigern, während im gleichen Zeitraum der Verbrauch nur eine Steigerung von rund 46 Prozent aufweist.

In den 94 staatlichen Betrieben der Papiererzeugungsindustrie, in denen durchschnittlich 32 000 Arbeitnehmer beschäftigt werden, gelang es, von 1924 bis 1929 folgende Produktion hervorzubringen (den Produktionszahlen sind für den gleichen Zeitraum die Einfuhr- und Verbrauchszahlen gegenübergestellt):

Table with 6 columns: Jahr, Erzeugung Tonnen, Einfuhr Tonnen, Verbrauch Tonnen, Einfuhr in % zum Verbrauch. Rows for years 1924/25, 1925/26, 1926/27, 1927/28, 1928/29.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß es der russischen Regierung gelungen ist, in den verflochtenen fünf Wirtschaftsjahren die Einfuhr trotz Verbrauchssteigerung recht erheblich zurückzudrängen.

Der Fünfjahresplan.

Nach dem Fünfjahresplan der russischen Regierung soll der Papierbedarf jährlich gesteigert werden, und zwar durchschnittlich um 10 Prozent bei Zeitungsdruckpapier, um 12 Prozent bei anderen Druckpapierarten und um 9,8 Prozent bei sämtlichen übrigen Papierforten. Das Wirtschaftsjahr 1928/29 fällt bereits unter den Fünfjahresplan. Nach diesem Plan würden sich für die weiteren vier Wirtschaftsjahre Papierbedarf und Papiererzeugung folgendermaßen gestalten:

Table with 5 columns: 1929/30, 1930/31, 1931/32, 1932/33. Rows for Papierbedarf, Papiererzeugung, Fehlbetrag, Pappenbedarf, Pappenerzeugung, Fehlbetrag.

Der Fehlbetrag müßte, wenn der Fünfjahresplan programmäßig erfüllt werden soll, durch Einfuhr von Papier und Pappedeckel werden. Bei der mangelhaften Finanzlage des russischen Staates dürfte es allerdings kaum möglich sein, diesen Fehlbetrag durch Einfuhr planmäßig zu decken. Noch weniger aber dürfte es gelingen, durch Errichtung neuer Betriebe und weitere Rationalisierungsmaßnahmen in den alten Betrieben eine Steigerung der Produktion bis zur Deckung dieses Fehlbetrages herbeizuführen. Daraus dürfte sich ergeben, daß der ganze Fünfjahresplan zwar auf dem Papiere steht, aber nicht verwirklicht werden kann.

Der Produktionsplan in der Lapeten-Industrie. Im Jahre 1929 wurden in der russischen Lapeten-Industrie 22 100 000 Rollen Lapeten erzeugt. Gegen Ende des Jahres 1929 beschloß der oberste Volkswirtschaftsrat in einer gemeinsamen Sitzung mit dem staatlichen Papierrat, auch die Produktion in der russischen Lapeten-Industrie programmatisch zu gestalten. Die zu erzielende Produktion wurde für die kommenden 5 Jahre festgelegt und soll betragen:

Table with 2 columns: Jahr, Rollen. Rows for years 1930, 1931, 1932, 1933, 1934.

Nach diesem Programm soll demnach, gemessen an der Erzeugung von 1929, die Lapeten-Produktion bis 1934 um rund 132 Prozent gesteigert werden. Um diese Produktionssteigerungen zu erreichen, sollen die Lapetenfabriken in Petersburg, Moskau und Odessa erweitert und zwei neue Lapetenfabriken im Wolgagbiet erbaut werden. Der dazu notwendige Kapitalaufwand wird auf 12 000 000 Goldrubel = 26 000 000 Mk. berechnet. Weiter glaubt man durch diese Rationalisierungsmaßnahmen eine Senkung der Herstellungskosten um 35 Prozent erreichen zu können. Daraus sollen 15 Prozent zur Ermäßigung der Lapetenpreise und 20 Prozent zur Tilgung des investierten Kapitals während dieser 5 Jahre verwendet werden.

Der Welkeport an Holz.

Im Jahre 1927 betrug der Welkeport an Holz schätzungsweise 35 Millionen Kubikmeter. Davon entfielen auf Europa 35 Millionen Kubikmeter oder 65 Prozent des Welkeports und auf die übrigen Erdteile 30 Millionen Kubikmeter oder 35 Prozent des Welkeports.

Im Jahre 1913 betrug der Holzport Rußlands rund 31 Prozent der Weltausfuhr, dagegen 1928 nur noch 7-8 Prozent.

Beteiligung an europäischen Holzport. Am europäischen Holzport des Jahres waren folgende europäischen Staaten proportional beteiligt:

Table with 2 columns: Staaten, Beteiligung in Prozent. Rows for Polen, Frankreich, Schweden, Tschechoslowakei, Rußland, Jugoslawien, Rumänien, Frankreich, Österreich.

Nach aus dieser Übersicht geht der katastrophale Rückgang der Holzexport Rußlands, das, wie bereits erwähnt, 1913 sogar mit rund 31 Prozent an der Weltausfuhr beteiligt war, hervor.

Die russische Holzexport von 1922 bis 1928.

Unter Zugrundelegung des jetzigen russischen Staatsgebietes betrug die Holzexport in der Vorkriegszeit pro Jahr rund 7.780 000 Kubikmeter. Von 1914 bis 1921 war die russische Holzexport vom Weltmarkt fast vollständig verschwunden. Erst seit 1922 macht sich ein Aufschwung der russischen Holzexport wieder bemerkbar. Diese Erscheinung ist verständlich, da bei dem Holzreichtum Rußlands die Holzexport mit den wichtigsten Bestandteilen seiner Außenhandelsbilanz bildet und gleichzeitig die Möglichkeit gibt, ausländische Devisen in erhöhtem Maße dem bankrotten russischen Staate zuzuführen. Die Holzexport Rußlands von 1922 bis 1928 gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 4 columns: Jahr, Export in cbm, Wert in Rubel, 1922 = 100. Rows for years 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928.

Die russische Holzexport stieg demnach von 1922 bis 1928 um 442 Prozent. Gemessen am europäischen Holzmarkt war Rußland 1928 in Schnittholz mit 11,7 Prozent, in Papierholz mit 14 Prozent, in Grubenholz mit 6,8 Prozent, in Schwellen mit 9,5 Prozent, in Sperrholz mit 22,5 Prozent seiner Export an der Deckung des europäischen Holzbedarfes beteiligt.

Der Mengenanteil in Papierholz an der russischen Export betrug 1924 13,2, 1925 12,1, 1926 16, 1927 12,7 und 1928 18,6 Prozent.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Rußland eifrig befreit ist, seine Stellung aus der Friedenszeit als erster Lieferant des internationalen Holzmarktes wieder zu erringen.

Skandinavische Lohnbewegungen.

Nach der „Papierzeitung“ soll der schwedische Papierarbeiterverband 18 Papierfabriken, in denen rund 4000 Arbeiter beschäftigt werden, für den 22. April den Streik angekündigt haben, da in diesen Betrieben bisher keine Verständigung über die Akkordlöhne erzielt werden konnte.

Durch Eingreifen des staatlichen Schlichters kam in der dänischen Papiererzeugungsindustrie ein neuer Tarifvertrag zustande, der eine Erhöhung der Stundenlöhne für Arbeiter um 4 Ore und für Arbeiterinnen um 3 Ore vorsieht. Die Lohnregelung nach dem Lebenshaltungsindex soll für die Zukunft in Wegfall kommen.

Auflösung des Pergamentersatzsyndikats.

Angeht infolge der starken Konkurrenz durch skandinavische und tschechische Fabriken hat sich die Pergamentersatz-G. m. b. H. am 15. April aufgelöst.

Verlängerung des Lederpappensyndikats.

Der Verband Deutscher Lederpappensfabriken, G. m. b. H., beschloß in seiner Generalversammlung vom 26. März 1930, die Verbandsdauer bis zum 31. Dezember 1933 zu verlängern. Neu beigetreten ist die Lederpappensfabrik Hammerstadt, G. m. b. H., mit ihren Werken in Hammerstadt und Tschellin.

Nahrungsmittel-Industrie

Der neue Rahmenvertrag für die Konerven- und Marmeladenindustrie.

Der Rahmenvertrag für die Konerven- und Marmeladenindustrie war von uns zu Ende März 1930 gekündigt worden. Schon im vorigen Jahre waren uns eine Anzahl Anträge auf Kündigung dieses Vertrages aus den Kreisen der Kollegen zugegangen. Bestand doch für die Konerven- und Marmeladenindustrie noch ein Sonderabkommen, das für die Überstunden und für Sonntagsarbeit während der Hauptbetriebszeit die Zuschläge besonders regelte. Dieses Sonderabkommen sollte in erster Linie abgeschafft und ein einheitlicher Vertrag geschlossen werden. Ferner gab es in den Kreisen der Kolleginnen und Kollegen sonstige Wünsche auf Verbesserung des Vertrages.

Unsere Forderungen zum neuen Rahmenvertrag waren also in erster Linie Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages, Schaffung einheitlicher Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit. Ferner gingen die Bestrebungen dahin, Verbesserungen bezüglich Zahlung des Lohnes bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit und bei der Gewährung von Urlaub zu erreichen. Weiter galt es, den Vertrag verschiedentlich redaktionell klarzustellen. Nachdem der Vertrag gekündigt war, beschäftigte sich eine Reichskonferenz der Konerven- und Marmeladenarbeiter mit den Forderungen, die zum neuen Vertrag aufgestellt werden sollten. Auf der Konferenz wurde der Entwurf der Tarifkommission einstimmig gutgeheißen. Wir haben seinerzeit in Nr. 7 des „Proletarier“ ausführlich darüber berichtet.

Nachdem unsere Forderungen den Arbeitgebern unterbreitet waren, kamen auch die Arbeitgeber mit ihren Wünschen heraus. Diese gingen nun genau nach der entgegengegesetzten Richtung. Wir wollten etwas Einheitsliches schaffen bei den Überstundenzuschlägen und Sonntagszuschlägen usw. Die Arbeitgeber dagegen wollen bei der Arbeitszeit möglichst etwas Unbeschränktes haben. Sie haben von jeder den Standpunkt vertreten, daß die Konervenindustrie eine Beschränkung bei der Arbeitszeit nicht gebrauchen kann. Sie behaupten ferner, die Konervenindustrie könne Überstundenzuschläge nur in geringer Höhe vertragen. Unserem Vorschlag, die Überstundenzuschläge einheitlich auf 25 Prozent festzusetzen, stand der Gegenvorschlag der Arbeitgeber gegenüber, der für die Kampagnezeit einen Zuschlag von 10 Prozent für die ersten beiden Überstunden vorsah. Ähnlich waren die Differenzen auch bei den Vorschlägen bezüglich der Zuschläge für Sonntagsarbeit. Die Arbeitgeber behaupten fortgesetzt, ohne Sonntagsarbeit nicht auskommen zu können. Einen annehmbaren Zuschlag für Sonntagsarbeit lehnen sie aber als untragbar ab. Von einem Entgegenkommen bei Erweiterung des Urlaubes und bei Zahlung des Lohnes während der Krankheitszeit war in den Vorschlägen der Arbeitgeber ebenfalls nichts zu spüren.

Die Verhandlungen waren unter diesen Umständen sehr schwierig und schienen wiederholt zu scheitern. Ganz besonders Widerstand gegen einen einheitlichen Reichsvertrag überhaupt finden wir bei den Arbeitgebern in Süddeutschland. Sind die süddeutschen Arbeitgeber an sich schon keine besonderen Freunde eines einheitlichen Reichsvertrages, so besteht bei einigen Arbeitgebern der Konervenindustrie, die allerdings in der Arbeitgeber-Vereinigung eine nicht unwichtige Rolle spielen, hier geradezu eine Abneigung. Man glaubt, im Süden besser fahren zu können, wenn man keinen einheitlichen Vertrag hat. Vielleicht irrt man sich da auch.

Nach wiederholten schwierigen Verhandlungen ist es indessen doch zum Abschluß eines neuen Vertrages gekommen.

Was bringt der neue Vertrag? Der einheitliche Vertrag ist erreicht. Das bisherige Sonderabkommen ist nicht wieder erneuert. Seine Bestimmungen sind, soweit sie überhaupt erforderlich waren, in den neuen Vertrag mit hineingearbeitet. Es gibt somit in Zukunft auch keine Sonderbestimmungen mehr über die Überstundenzuschläge während der Hauptbetriebszeit. Der Überstundenzuschlag betrug nach dem bisherigen Sonderabkommen für die ersten beiden Überstunden täglich 15 Prozent, für die weiteren Überstunden in- und außerhalb der Hauptbetriebszeit 25 Prozent. Der neue Vertrag sieht einen einheitlichen Zuschlag von 20 Prozent für alle Überstunden vor. Nun werden aber die ersten beiden Überstunden in der Hauptbetriebszeit am meisten geleistet. In der stillen Zeit kommen Überstunden kaum in Frage. Diese einheitliche Überstundenregelung entspricht zwar nicht unseren Wünschen. Immerhin aber bedeutet sie einen Vorteil gegenüber dem bisherigen Zustand. Praktisch wurden in einer Anzahl von Betrieben während der Hauptbetriebszeit auch für die Überstunden, die mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt werden sollten, oft nur 15 Prozent gezahlt, weil unsere Kollegen auf die Einhaltung unserer tarifvertraglichen Bestimmungen nicht genügend achteten. Dieser Mißstand ist nun beseitigt.

Bei den Zuschlägen für Sonntagsarbeit sind unsere Wünsche nicht erfüllt. Wir wollten auch hier einen einheitlichen Zuschlag haben. Das war aber nicht durchzuführen und es ist hier bei dem bisherigen Zustand verblieben. Einige weitere Verbesserungen konnten bezüglich der Zahlung des Lohnes während der Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit und Betriebsunfällen erzielt werden. Bisher wurde nach einer Beschäftigungsdauer von 9 Monaten in Krankheitsfällen der Lohn nur für die Karenzzeit gezahlt, für die die Krankenkassen Unterstützung nicht zahlten. Bei Betriebsunfällen traf dasselbe zu. Das waren aber höchstens 3 Tage, in vielen Fällen weniger. Der neue Vertrag sieht nun nach einer Beschäftigungsdauer von 9 Monaten für die ersten 3 Jahre bei Krankheit eine Entschädigung von 3 Tagen und nach einer Beschäftigungsdauer von 3 Jahren eine Entschädigung von 6 Tagen vor. Bei Betriebsunfällen wird nach dem neuen Vertrag in den ersten 3 Jahren eine Entschädigung von sechs Tagen und nach dreijähriger Beschäftigungsdauer eine solche von 12 Tagen gezahlt. Die Gänge zum Arzt wurden nach dem alten Vertrag nicht bezahlt, nach dem neuen Vertrag geschieht das.

Außerdem hat der neue Vertrag infolge redaktioneller Änderungen in manchen Teilen eine klarere Fassung erhalten, so daß Irrtümer mehr als bisher vermieden werden. Auslegungsbestimmungen, die zwischen den Tarifparteien beschlossenen wurden, sind in den Vertrag hineingearbeitet und dergl. mehr. Sehen wir uns die Verbesserungen, die erreicht worden sind, näher an, dann scheinen sie im ersten Augenblick nur gering zu sein. Berücksichtigen wir aber, unter welchen Umständen die Verhandlungen geführt worden sind, dann bekommen die Dinge ein etwas anderes Gesicht.

Wir leben in einer Zeit, in der von den Arbeitgebern alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, jede Tarifverbesserung zu verhindern. Oft besteht bei den Arbeitgebern das Bestreben, die Tarifverträge zu verschlechtern. Die Arbeitgeber-Zentrale hat in mehreren Denkschriften die Parole herausgegeben, „Abbau aller sozialen Errungenschaften“. Bei allen Tarifverhandlungen, die in diesem Jahre geführt wurden, setzten die Arbeitgeber unseren Forderungen und Wünschen den größten Widerstand entgegen. Dazu kommt noch, daß unsere Schlussverhandlungen zu einer Zeit geführt wurden, wo auch in der hohen Politik eine Kursänderung eintrat. Berücksichtigen wir all diese Umstände, dann bedeuten die erzielten Verbesserungen doch etwas.

In zähen Ringen sind wir dieses Mal einen kleinen Schritt weitergekommen. Der neue Vertrag ist für 2 Jahre abgeschlossen. Den Hauptwiderstand bei den Verhandlungen hatten wir immer aus jenen Gegenden zu verzeichnen, wo die Kolleginnen und Kollegen den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Hier rechnen die Arbeitgeber immer so, daß sie mit der Arbeiterkraft allein besser fertig werden, als mit der Organisation. Wir hätten mehr erreichen können, wenn die Kolleginnen und Kollegen in der Konserven- und Marmeladenindustrie geschlossen unserer Organisation angehört hätten und wenn nicht ein Teil der Arbeiterkraft seinen eigenen Interessen so gleichgültig gegenüberstände.

Die zweijährige Vertragsdauer muß von unseren Kolleginnen und Kollegen ausgenutzt werden, um die Organisation in der Konserven- und Marmeladenindustrie auszubauen, zu festigen und den letzten Kollegen und die letzte Kollegin dem Verband zuzuführen. Wird überall nach diesem Entschluß gehandelt, dann dürfte es uns bei dem nächsten Tarifabschluß gelingen, einen größeren Teil unserer Wünsche durchzusetzen, als es dieses Mal möglich war. Also auf, an die Organisationsarbeit!
E. Senkfeil.

Aus Geschäftsberichten der Margarineindustrie.

Dem Geschäftsbericht der Deutschen Jürgens-Werke, AG., in Hamburg, einer Tochtergesellschaft des holländisch-englischen Margarinekonzerns, ist zu entnehmen, daß der deutsche Margarineverbrauch im Jahre 1929 von 450 000 um 174 000 Tonnen gestiegen ist. Auf den Kopf der Bevölkerung erfolgte eine Verbrauchssteigerung von 14,4 auf 17,2 Pfund. — Diese Entwicklung zeigt, wie die sinkende Kaufkraft in Deutschland auch im vergangenen Jahre zu einer Verringerung des Butter- und zu einer Steigerung des Margarineverbrauchs geführt hat. Ein neuer Beweis dafür, wie jede Zollverfeinerung bei großer Arbeitslosigkeit gerade die häuerliche Verbrauchsleistung schwer treffen und zugleich den Ernährungsstand des arbeitenden Volkes zum Nachteil seiner Leistungsfähigkeit verschlechtern muß.

Die Deutschen Jürgens-Werke, AG., haben, nachdem die Rohstoffpreise freiwillig ohne Vorteil für den Margarineverbraucher gesunken sind, von diesem gesteigerten Verbrauch neuen Vorteil gezogen. Sie konnten ihren Reingewinn um 16 Prozent, auf 2,5 Millionen Reichsmark, erhöhen und nach erheblichen Reserve-Einstellungen wieder 10 Prozent Dividende verteilen. Für das Mutterunternehmen in Holland wurden für 1929 = 39,0 gegen 35,2 Millionen Reichsmark Gewinn im Vorjahre gemeldet.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß das Margarinegeschäft für die Margarinefabrikanten außerordentlich einträglich ist. Die Gewinn ist zweifellos auch mit auf die weitere rationelle Ausnutzung der Arbeitskräfte zurückzuführen. Sind doch durch die mechanische Entwicklung in den Betrieben der Konzerne mehr als 1000 (tausend) Arbeitskräfte überschüssig geworden.

Einem ähnlichen Abschlag weist auch der Geschäftsbericht der Firma S. Schlink u. Cie., AG., auf, die der Jürgens-Union van den Bergh-Margarine-Verkaufs-Union, GmbH., mit angehört, also als Konzernbetrieb in Frage kommt.

Die Verkaufs-Union vertreibt die Produkte der Firma und sorgt gleichzeitig für die Finanzierung der Außenstände bei der Kundschaft. Weiter heißt es in dem Bericht, daß die Fabrikanlagen im Berichtsjahre 1929 ausreichend ausgenutzt werden konnten. Der Palmöl-Umsatz hat sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Auch mit dem Verkauf des Margarinegeschäftes war man zufrieden.

Der Geschäftsabschluß hat einschließlich des Vortrages von 323 131,91 Mk. aus dem Jahre 1928 einen Überschuss von 1 362 005,27 Mk. ergeben. Von diesem Betrag sind abzuschreiben 593 212,09 Mk. für Gebäude und Maschinen, so daß ein Reingewinn von 768 793,18 Mk. verbleibt.

Dieser Betrag ist nach dem Geschäftsbericht wie folgt verteilt: Dem gesetzlichen Reservefonds sind 105 000 Mk. zugeführt. Die zu verteilende Dividende beträgt 6 Prozent = 318 000 Mk. Dem Aufsichtsrat wurde eine Lantime von 12 886,13 Mk. ausbezahlt. Der Vortrag auf neue Rechnung für das Jahr 1930 beträgt 332 927,05 Mk.

Des weiteren ist dem Bericht zu entnehmen, daß der Geschäftsgang im ersten Wertesjahr, 1930 normal gewesen ist.



Worte Ferdinand Lassalles.

Im allgemeinen ist der Mensch eben ein Produkt seiner Lage, und wer ganze Klassen von Menschen wirklich ändern will, muß zuvor die Bedingungen ihrer Lage ändern, die sie eben zu dem machen, was sie sind.

Die große Industrie und ihre den Mittelstand absorbierende Attraktionskraft (den Mittelstand auffaugende Anziehungskraft) kann durch nichts besiegt werden als durch die — noch größere, durch die größte Industrie, das heißt durch die Verbindung des Staates mit der Industrie.



Verschiedene Industrien

Die amerikanische Spielwarenindustrie 1929.

Aus einem Bericht des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten von Nordamerika geht hervor, daß die Spielzeugproduktion und der Absatz in den Vereinigten Staaten 1929 weitere Fortschritte gemacht haben.

1927 wird die Spielwarenerzeugung in den Spielwarenbetrieben der Vereinigten Staaten auf 91 900 000 Dollar geschätzt. In dieser Zahl ist die Produktion der kleinen Fabriken nicht inbegriffen. Sie wird auf 5 Millionen Dollar geschätzt. Eingeführt wurden 1927 für 4 597 670 Dollar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele Spielwaren nicht als Spielwaren deklariert sind, so daß die wirkliche Einfuhr auf 10 Millionen Dollar geschätzt wird. Die Ausfuhr von Spielwaren aus den Vereinigten Staaten betrug 1927 rund 4 Millionen Dollar, so daß sich der Verbrauch auf rund 100 Millionen Dollar bezifferte.

In den letzten zwei Jahren sollen die Erzeugung und der Detailhandel von Spielwaren enorme Fortschritte gemacht haben. Der Verbrauch für 1929 ist also weit höher als 1927 geschätzt wurde. Die vorläufigen Zahlen für die ersten neun Monate 1929 weisen einen Exportwert von 2 511 628 Dollar auf. In der gleichen Zeitperiode 1928 betrug die Ausfuhr 2 195 765 Dollar. Die Gesamtausfuhr bezifferte sich 1928 auf 3 669 858 Dollar. Da die Ausfuhr in den ersten neun Monaten 1929 weit besser war als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1928, darf man annehmen, daß der gesamte Spielwarenerport 1929 eine Steigerung gegenüber 1928 bringt.

Die Einfuhrländer amerikanischer Spielwaren hatten 1929 ungefähr soviel eingeführt wie 1928. Als Hauptkunden der amerikanischen Spielwarenindustrie kommen in Frage: Kanada, Großbritannien, Argentinien, Kuba, Mexiko und Australien. Großbritannien bezog in den ersten neun Monaten 1929 für 509 345 Dollar Spielwaren, wovon 242 943 Dollar auf Gummibälle entfielen. Die Produktion von Gummibällen in der amerikanischen Spielwarenausfuhr steht mit 615 025 Dollar an der Spitze in den ersten neun Monaten 1929. An zweiter Stelle kommen Räderpielwaren in Frage mit einem Wert von 508 591 Dollar.

Die Ausfuhrzahlen der amerikanischen Spielwarenindustrie beweisen, daß trotz der bedeutenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Spielwarenausfuhr im Wachsen begriffen ist. Ausgeführt wurden fast nur die verhältnismäßig teuren Qualitäts-Spielwaren.

Die Produktion erstreckt sich auf Puppen und Spielwaren aller Art. Über die Entwicklung und den Wechsel in Sitten und Geschmack wird berichtet:

„Die moderne Puppe z. B. ist ein Persönchen, das seiner Schwester von früheren Jahren weit überlegen ist. Ihre Kleidung ist der des wachsenden Kindes nachgebildet und muß ebenso vollständig sein mit allem notwendigen Zubehör. Das Kind begnügt sich nicht mehr mit einer Puppe, sondern verlangt eine ganze Puppenfamilie sowie kleine Hausgeräte, um ein Puppenheim einrichten zu können. Dann gibt es Spielachen für den jungen Reisenden, welcher zu Hause bleiben muß, wie Flugzeuge, Zeppelin, elektrische Züge und Jachten. Das Spielzeug wird darauf entworfen, daß es das Kind unterstützt, geistig und körperlich zu wachsen, und es dabei, fesselt und amüsiert.“

Aber das Entwerfen von Spielzeug steht der Grundfrage der amerikanischen Spielwarenindustrie nicht vereinzelt da. Dieser Grundfrage wird in fast allen Spielwarenindustrien des Erdballes verfolgt.

Endgültige Zahlen über die Produktion und den Absatz von Spielwaren 1929 in den Vereinigten Staaten von Amerika sind noch nicht genannt. Auf Grund der Ausführungen des Handelsministeriums kann aber angenommen werden, daß der Umsatz sich auf weit über 100 Millionen Dollar beläuft.

Man hat eine Reihe von Jahren für die ganz bedeutend zu nennende Entwicklung der amerikanischen Spielwarenindustrie die amerikanische Schutzpolitik verantwortlich gemacht. Und man hat weiter dem Krieg und seinen Folgeerscheinungen viele Schuld zugeschoben. Wohl trugen beide Argumente zur Entwicklung der amerikanischen Spielwaren-

industrie bei, aber sie treffen nur bedingt zu. Der Hauptentwicklungsfaktor ist und bleibt die Gesamtentwicklung der amerikanischen Wirtschaft. Sie erst hat durch Bereitstellung leistungsfähiger Konsumenten die Grundlage für hohen Entwicklung der amerikanischen Spielwarenindustrie geschaffen. Ohne die leistungsfähigen Konsumenten wäre die amerikanische Spielwarenindustrie das geblieben, was sie 1914 gewesen ist. Damals betrug die Eigenproduktion rund 14 Millionen Dollar und die Einfuhr rund 9 Millionen Dollar. Es hat also seit 1914 eine siebenfache Produktionssteigerung stattgefunden.

H. Eifflin.

Die polnische Spielwarenindustrie.

Der Verbrauch von Spielwaren in Polen wurde bis 1925 fast reiflos aus der deutschen Einfuhr gedeckt. In Polen waren bis zu diesem Zeitpunkt nur Anfänge einer Spielwarenindustrie festzustellen. Der Jolkkrieg zwischen Deutschland und Polen hat der polnischen Spielwarenindustrie Vorteile gebracht. Der deutsche Spielwarenerport nach Polen ging von 1147 Doppelzentner im Werte von 706 000 Mk. im Jahre 1925 auf 132 Doppelzentner im Werte von 49 000 Mk. im Jahre 1929 zurück. Wir sehen also, daß durch den Jolkkrieg mit Polen der deutsche Spielwarenerport dorthin nahezu abgebrochen wurde. Die Spielwareneinfuhrerhöhte gegenüber Deutschland gelangten in härtester Weise zur Durchfuhrung. Eine Ausnahme wurde nur gemacht bei der Einfuhr von Puppenköpfen aus Porzellan, Biskuit und Zelluloid. Diese Zelluloidwaren braucht die polnische Spielwarenindustrie für ihre eigenen Puppenfabrikationen.

Im Heft 4/1930 der Fachzeitschrift „Der Spielwarenmarkt“ wird über die Entwicklung der Spielwarenindustrie in Polen sinngemäß gesagt, daß die polnische Spielwarenindustrie unter dem Schutze der Einfuhrverbote und hohen Zölle nicht den erwarteten Aufschwung genommen hat, um den Inlandsbedarf ausreichend zu befriedern. Vor allem sei es bei weitem nicht gelungen, das in der Qualität hochwertige sowie preiswerte deutsche Spielzeug zu ersetzen. Eine Reihe von Spielwaren, zu welchen hauptsächlich metallische Spielwaren gehören, fehlt auf dem polnischen Markt fast gänzlich. Wenn man berücksichtigt, daß 1925 in Polen nur einige kleine Betriebe vorhanden waren, deren Produktion für die Versorgung des Inlandes ohne Bedeutung war, so ist immerhin seit der Entwicklung der polnischen Spielwarenindustrie ein Fortschritt zu verzeichnen, welcher sowohl in einem Anwachsen der Betriebe wie auch in einem Ansteigen und in einer Verbesserung der Produktion zum Ausdruck kommt. Insgesamt zähle man heute in Polen etwa 12 größere Betriebe, von denen die größten ungefähr 200, einige bis zu 40 Arbeiter beschäftigen. Außerdem soll eine Reihe kleiner Werkstätten vorhanden sein. Seit 1925 soll sich die Produktion um das dreifache vergrößert haben. Hergestellt werden heute bereits die verschiedensten Spielwaren, wie Puppen, Gummi-, Zelluloid-, Holz-, Blech-, Metall-, Papper- und ausgestopfte Spielwaren. In letzter Zeit soll eine Warschauer Firma auch die Herstellung von mechanischen Spielwaren (Automobilen, Eisenbahnen) aufgenommen haben. Die polnische Industrie verdanke diesen Fortschritt ausschließlich der Einfuhrperre für ausländische Erzeugnisse.

Der nach jahrelangen Verhandlungen nunmehr zum Abschluß gekommene deutsch-polnische Handelsvertrag bringt auch für die deutsche Spielwarenindustrie keinen Vorteil. Die außerordentlich hohen Zollsätze ergeben für die wichtigsten Spielwarengattungen immer noch Befreiungen von mehreren hundert Prozent des Warenwertes. Unter diesen Umständen dürfte es trotz Handelsvertrag schwer werden, den früheren Einfuhrsatz nach Polen wieder zu erreichen.

Weil die polnische Spielwarenindustrie in ihrer Produktionsweise veraltet, unfähig und zurückgeblieben ist, treibt sie Hochschulpolitik, genau wie die deutschen Agrarier. Die geltenden Zölle zur Drohung der Spielwareneinfuhr nach Polen sind als „außer-gewöhnlich“ zu bezeichnen. Außergewöhnliche Zölle bedeuten in der Regel gesetzlichen Schutz veralteter Methoden und Unfähigkeit der geschäftigen Erwerbsgruppen.
H. Eifflin.

Literarisches.

Jahrbuch für Sozialpolitik 1930. Im Verlage der Heltingerschen Verlagsanstalt (Oskar Brandstetter) in Leipzig ist zum ersten Mal „Jahrbuch für Sozialpolitik“ erschienen (Preis gebunden 7 Mk.). Das Buch soll alljährlich einen Überblick über alle Gebiete der deutschen und internationalen Sozialpolitik geben. Derartige Jahrbücher werden aber die gesamte sozialpolitische Entwicklung, ihre Voraussetzungen und ihre Ziele berichten. Darüber hinaus sollen die kommunal- und sozialpolitisch, die Gesundheits-, Berufsorganisations-, die Wohlfahrtsvereine sowie das Wohnungs- und Siedlungswesen berücksichtigt werden. Auch Organisations- und Sozialpolitik, wie die Arbeitslosenversicherung, die Sozialpädagogik usw. sollen entsprechende Würdigung finden. Das Jahrbuch wird nicht von Sachverständigen einzelner Parteien oder Interessengruppen, sondern vom Standpunkt des Staatsorgans aus die einzelnen Teile der Sozialpolitik beleuchten. Jenseits von jedem Richtungsstreit soll es der Gesamtheit des Volkes dienen. Es soll sachlich unterrichten und überläßt es dem Leser, den Stoff für seine persönlichen Zwecke auszuwerten. Es soll dem Sozialpolitiker und Sozialbeamten, aber auch dem Mann der Wirtschaft und dem wissenschaftlichen Forscher Nützlich und Anregung bringen. Der Herausgeber, Staatssekretär Dr. G. Leib, gilt als Sachverständiger von europäischem Ruf. Sein Name sowie der des bekannten Sozialpolitikers Dr. Rauecker, der die Schriftleitung übernommen hat, bürgen dafür, daß das sozialpolitische Jahrbuch den höchsten Ansprüchen gerecht werden wird. Die herausragendsten Fachleute aus allen Lagern sind dem Rufe des Herausgebers gefolgt und haben es durch ihre Mitarbeit ermöglicht, den ersten Jahrgang des neuen Jahrbuches zeitgerecht herauszubringen. Kein Sozialpolitiker und kein Wirtschaftspolitiker, keine Sozialbedürftige oder Fürsorgebehörde und kein wirtschaftlicher Interessentenverband kann das neue Jahrbuch missen, das eine fühlbare Lücke in der sozialpolitischen Literatur endlich ausfüllt. Das sozialpolitische Jahrbuch wird für jeden Wirtschaftsführer und Sozialbeamten, für den Gewerkschaftsfunktionär wie für den Leiter wirtschaftlicher und politischer Organisationen ein unentbehrliches Hand- und Nachschlagewerk werden.

„Verordnung des Reichsarbeitsministers über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsfahrer.“ Neue, wesentlich erweiterte Auflage. 88 Seiten. Preis 1 Mk. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Fehliner Straße 137. — Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers ergeben sich neue Aufgaben, deren Durchführung durch diese Broschüre wesentlich gefördert wird. Die erheblich erweiterte Auflage enthält nicht nur die Verordnung des Reichsarbeitsministers sowie dessen ergänzende Rundschreiben und Richtlinien, sondern auch die Durchführungs-Verordnungen von Land und Kreis sowie die Landesregierungen. Außerdem haben Dr. med. Mener-Wandl und Prof. Dr. Schajes wertvolle Beiträge über die Berufsfahrer und ihre Bekämpfung beigegeben. Die gewerkschaftlichen Organisationen fördern seit langem die Bestrebungen zur besseren Erhaltung und Bekämpfung der Berufsfahrer. Die preiswerte Broschüre kann deshalb den Funktioniären bestens empfohlen werden.

Staat und Kulturpolitik. Im Aprilheft der „Sozialistischen Welt“ behandelt Genosin Anna Stiemel die Programmziele des Unterrichtsministers Grimm im Preussischen Landtag. Im selben Heft unterliegt E. Rastle in einer längeren Abhandlung „Das Scheitern in der Arbeiterkulturbewegung“. — In der „Sozialistischen Welt“, der holländischen Zeitschrift der „Sozialistischen Bildung“, schildern August Stiemel und Wilhelm Serring die zehnjährige Wirklichkeit des nationalsozialistischen Volkshilfsministeriums Grimm in Thüringen. — Die „Sozialistische Welt“ mit ihrem Beilagen „Wachposten“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 7 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probeabnummern gern zur Verfügung.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Gotthard Erdmann. 1930. Heft 4. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 Mk., für Gewerkschaftsmittler 2,85 Mk.

Soziale Bauwirtschaft. Sondernummer Arbeitsunterstützungen. 88 Seiten mit 109 Abbildungen. Preis 4 Mk. Zum ersten Male wird hier das gesamte Gebiet der Arbeitsunterstützung im Handwerk gründlich behandelt und an Beispielen aus der Praxis nachgewiesen. Dipl.-Ing. Otto Kade, der Leiter der Abteilung Wirtschaftliche Betriebsführung im Verbande sozialer Baubetriebe, zeigt den hohen Wert der Arbeitsunterstützung zur Aufhebung von Betriebsstörungen. Dr.-Ing. Edgar Höp, der Leiter der Abteilung Technik Betriebswirtschaft im Deutschen Handwerksinstitut, schildert in großen Zügen die Aufgabe, den Zweck und die Durchführung von Arbeitsunterstützungen an der Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis. Die Technik von Selbstbau im Baubetriebe veranschaulichen zwei Aufsätze von Dr.-Ing. Schneider-Rohdolt. Die Baubetriebswirtschaftslehre Kade und Kade berichten in zwei inhaltreichen Beiträgen über ihre Untersuchungsresultate aus den Baubetrieben. Der Frage der Arbeitsunterstützung und Ernährungsunterstützung des Betriebes von Dr. W. Schulte genügt. Die Kassen, Kassenorganisation, die Beschäftigung von 1000 Arbeitern, graphische Darstellungen und entsprechende Tabellen beschreiben Ausführungen der genannten Verfasser vermittelst zweifelhäufig eine Fülle von Anregungen, die der gesamten Bauwirtschaft zum Nutzen gereichen werden.

Die Freiheit ist auf dem Weg! Troßdem und trotz alledem! Der Gedanke ist auf dem Weg! Troßdem und trotz alledem! Kämpferisch zum Ausdruck gebracht. Von dem letzten Inhalt wäre die Brunnensänger „Mannchen Pils“ und eine Verbindung von der päpstlichen Erbsünde mit dem deutschen Arbeiter und das Maß der von Dr. Dora besonders zu erwähnen. Die Zeitschrift „Arbeit“ über das Land bringt neben zwei Aufsätzen eine Menge guter Nachrichten aus der Arbeiterbewegung und aktuelle Zeitbilder. Das Blatt — eine Halbmonatliche gelungene Nummer und glänzende Zeitschrift — ist zum Preise von 20 Groschen, 20 Pfennig, bei allen Reichspostämtern oder direkt von der Verwaltung, Wien IV, Mittersteig 22, zu beziehen.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Das Vorzeichen.

(Aus dem großen Bauernkrieg.)

Von Ernst Lissauer.

Hell in Schloß Helfenstein strahlte der dunkelgelblich Saal, lang ist eine Tafel bestell mit Schale, Krug und Pokal, die Tücher glänzen, gestickt mit Säumen und Borten, Forellen prangen und Pflaue, bunt glihern Konfekte und Torten, Laub grünt über den Tisch, schwer blauen hispanische Trauben, langhin sitzen die Herren in damastenen Wamsen und Schauben. Wie um den Korb raucht ein Volk Immen, siren und summen wirr durcheinander die Stimmen, verquer über Tisch anhängen Krüge und Gläser, Hanstein und Rotenhan schwanken wie windgewehrte Schiffsgräfer. Von gelatzener Speise ist Junge und Hirn geheizt, und die Antlitz glühn, von dem weinernen Feuer geheizt. Da wird lacht vor dem mittaghellen Fenster gelbe Nacht. In weißen Wänden stehn Wetter auf und verblenden. Doch sie achten nicht das zuckende Licht, da rollen die Wiener ein neues Faß Wein daher, und des Stühlingers Junge lallt schwer: „Ich wollt, daß das rumplige Faß ein bäuchiger Bauer wär, der würde mir zu Kurzwil und Gest ausgekeltert und ausgepreßt, seine Adern sollten laufen, das wär mit ein weibliches Saufen.“ Und stößt an das Faß mit dem Fuß: „Gott zum Gruß, beda, du hölzerner Bauer, dein Blut ist dein Wein, auch du sollst mir leibigen sein!“ Aufstiebt Gesand und Gejohl: „Stühlinger, Bruder — dein Wohl!“ Und während der Weiler vor Luft mit der Faust einen Wirbel klirrt auf den eichenen Tisch, daß drauf einers-Hopfer tanzte das Fleisch mit dem Obst und der Wein mit dem Fisch, ha'n sie, von stampfender Wut gepackt, auf den hölzernen Leib mit den eisernen Schuh'n einen hämmernden Takt. Da bricht aus der Faßwand ein Stück. Wein trüft und läuft, — die rings fahnen zurück. Aber der Stühlinger lacht laut auf und schwingt sein Glas: „So schenk ich mit ein aus der Wunde und mache um wahr mein Wort!“ Füllt, führt zum Munde, und trinkt. Aber fort, im Bogen weiß, wirft er das Glas, speit wider den Trank und schloßert und schreit: „Im Faß ist Blut!“ Da geschieht draußen ein Schlag, daß die Scheiben raselnd zerpliffen, und die Luft ist weiß von Gewittertag und weist die Häupter den weinroten Rittern. Strahl auf Strahl schnell tief in die Halle und spiegelt sich scheinend auf Krug und Pokal, und sieh, da hat sich schon einer mit langen Fettern hoch im Gebälk verfangen, und sieh, er versprüht nicht, er schwebt, er flamm, und wieder einer, und aber, und noch einmal. Schlag auf Schlag brennt herab und glüht eingerammt, jähren Granen aus dem Lüdeck, wo die Ritter sich stauen. Blitze, die Sichel Gottes, prangen entlang die Decke, funkelnd und jäh. Bauernscheln vom Himmel hangen drohend herab, herein in den Saal.

Das Schwungrad.

Der Lahl erzählt.

Humor soll man sich in Literflaschen kaufen können. So sagte mir jemand. Als ich näher hinah, war die Flasche leer, und jemand besaß einen siebenfüßigen Brummhügel. Von der Zeit an erzeuge ich mein Erzähleralent mit anstänlichem wörtlichem Bildmaterial. So geht's ohne Literflaschenhumor. Der russische Spiritus ist oft als Trank gar nicht besänftlich. Tempo, Tempo, ich muß erzählen. Zur Zeit, als die Geschichte lief, besaß ich nicht eine Silberbörse auf dem Schödel. Bortig war ich schon immer, warf mir unter demaligen Werkmeister vor, den ich gern den Amerikaner überließ, denn er war ein mit allen Wasser gewaschener Arbeiterhänger. Aber es kam mir Besseres nach. Der neue Meister schwang sein Hanskasperlocken um den Schödel, der blank war wie ein silbernes Schwungrad, daß es eine Art war, eine Eigenart. Die kraußdürren Spagierhölzer und drei schuppigen Dreieckkörper schwang der Neue großartig. So sprachen wir alle vom Schwungrad. Das Schwungrad kam aus einer optischen Schleiferei. Dahinter um Kateritz, rum. Er räumte sich: „Dort habe ich mir Leute herangebildet, die passen in die Welt, gläubigen Ges.“ Ich gab durch lauten Beifall kund von meinem Glauben an die Kollegen aus der Gegend, daß sie tüchtige Kerle sind. Gewisse Wertschätzter und meine despotische Gewerkschaftsüberzeugung würden zusammen, so daß wir ein Häuflein ganz gepfeffert und gelatzene Glasarbeiter — in der Optik — dort in der Gegend um Kateritz wohnen. Meine Gratulation zu dem guten Griff in bezug auf das neue Arbeitspersonal kam aus tiefem Herzen. Dem Schwungrad gegenüber verberg ich die reißige aller Freuden. Wissen Sie, Kateritz, — ich dem Mann mit dem Napoleonsbüchsen gegenüber — was nicht sein. Nein, durchaus nicht, denn die Napoleonsbüchse eignete sich zum Vorwand eines bürgerlichen Gehängens, und sein Waf erscholl gar oft in diesen heiligen Hallen, wo freuden frischer Lust war. In später, hiergeschwammet Stunde ralle das Schwungrad ohne Gleichgewicht heimwärts, also die drei Zeilner schwere Schwungradgattin das Gleichgewicht wieder herstellte. Ein Philosoph verließ sich einmal zu der Behauptung, es gibt eine ungeschriebene Wirkungs der gewissen Idee. Das muß können! Denn wie könnte sonst das, was den Littelbüchser köcherlich machen soll, wie könnte ihm des zur höchsten Ehre gereichen? Dem Schwungrad war es so. Der geistreiche Mann erjand eine Schwungradpoliermaschine. Die früher einzeln angestellten kleinen Polierwerkzeuge fanden nun im Kreis um ein doppeltes Schwungrad. Das wirkte, mit jeder bezogene Rad drückte die kleinen Werkzeuge nach und am oberen Rad lag der Riemensattel. Der Erfinder und Meister schwang sich so lange um den alten Herrn herum, bis er mehr Gehalt und eine Extralebenszeit mit dem Titel Werkführer wegbekam. Das Schwungrad kam nun erst recht in Schwung. Die Kateritzer Optikermeister waren auf dem Posten. Allein der alte Herr ließ sich vom Schwungrad machen. Der Herr Erfinder wickelte

den Prinzipal so ein, daß er seine Zustimmung zu einer allgemeinen Strafkasse gab. Das Schwungrad wurde der Strafkassensführer. Wohl wurden ältere Arbeiter beim Herrn vorstellig, warnten den Fabrikanten vor strengen Maßnahmen und gaben dem Herrn zu verstehen, es wäre nun der letzte Mann, die allerletzte Frau beim Arbeiterverband. „Was soll das heißen? ... eine Drohung ... der Werkmeister soll her!“ regte sich der Unternehmer auf. Angerollt kam das Schwungrad und brüllte: „Was ist los, ihr Hundsfötter? An die Räder! ... ich strafe jeden um 'nen Taler! Jeden ...“ „Sie können alte Wanzen um 'nen Taler strafen ...“ „So ... So ...“ „Schwindelmacher!“ plätschte es da voll ehrlicher Empörung einem fetschen Kerl raus. Drei, vier Supper tat das Schwungrad, bevor es durch den Wahrheitsmund des Ehrenmeisters lospuffte: „Waaas bin ... ich? ein ... ein Schwi ... Schwi ... Schwindelmacher?“ „Ja, das sind's ... denn die Vorrichtung da, die Sie als Ihre eigene Erfindung anpreisen ... das is woanders scho was Altes ...“ sagte der fetsche Kerl. Dem alten Herrn ging zuerst ein Lichtlein auf. Dann eine Flamme, und in dieser warmen Luft fuhr er los, seinem bisher Vertrauten zugewandt: „Herr, ist das alles wahr, was hier vorgetragen wird?“ Der Schwungradspruchmacher ließ den Kopf hängen und ging aufs Ganze: „Herr! Sie sind misshandelt ... ich habe die Jügel fester spannen wollen ... strafen, als mehr mit Geld strafen, immer mit Geld abstrafen, das wäre geschehen, und die roten Verbandsbrüder wären jahm geworden.“ „Schweigen Sie, Sie ganz abgebräuter Lügenbeutel; haben Sie mit nicht in die Hand gesagt, Verbandsleute werden nicht geduldet?“ „Nachdem gehn ma halt ... alle miteinander ... wissens Herr Silberling, So ham ka andere Leute da wie Verbandsbrüder ...“ klärt ein Arbeiter auf. „No, und die Neutralen von Kalmünz, von Burglengensfeld, was ist mit denen, Sie, Herr Meister?“ wunderte sich der Prinzipal. „Dös san ja grad die zünftigen Verbandsbrüder!“ brach es mit schallendem Gelächter los.



Mit kalter Verachtung besah sich nun der alte Herr sein Schwungrad und meinte: „Es können stillstehen lassen.“ In dem künstlichen Augenblick trat nun ein vierstöpfiger Arbeiter vor und sagte einige Worte: „Herr Silberling, wir, also die gesamte Belegschaft, verlangen die sofortige Kontrolle der Strafgeldkasse.“ „Gegen diese Forderung habe ich keine Einwendung zu machen ... bitte, Herr Betriebsleiter?“ sagte der Fabrikant. „Aber, der Betriebsleiter war rein weg und fortgerollt wie ein gebornenes Schwungrad. In der Strafgeldkassette sollten sich laut Eintragungen des Jahres 580,60 Mk. befinden, allein, es war nichts da, der Inhalt war wie mit einem Schwungrad im lebensfähigen Umkreis einer fidele weinstrohen Damengesellschaft verdröh.“

Schiller, der Revolutionär.

Zu seinem 125. Todestag am 9. Mai.

Wir sehen in Schiller den gewaltigen Dramatiker, den Dichter gedankentiefer, philosophisch angehauchter Verse, den Meister der Form, sehen den Abgelärteten und Vollendeten und vergessen nur allzu leicht, daß auch in Schillers Werk der Feueratem revolutionären Geistes wehte. Schiller, der Offizierssohn, der Kadettenschüler der Karlschule zu Stuttgart, die eher ein Juchthaus als eine Erziehungsstätte war, der Militärarzt, den so ein Quadezwilling wie Karl Eugen von Würtemberg (schikanieren darfte nach Herzenslust: er hat es frühzeitig, kann, daß sein Dichtergeist erwacht war, gefährt, in welchem Sumpf von Despotie und Volksbedrückung sein Zeitalter versunken war. Niederschlag dieser Gemüthe, dieses leidenschaftsbehafteten Erkennens sind seine Jugenddramen — und mehrere der Meisterwerke seiner reifen Mannesjahre. Schon sein erstes Bühnenwerk „Die Räuber“ ist durch und durch Revolutionsdramatik. Hier braust junger Feuerwein — Jener Aufstreich auf dem Titelblatt der ersten Auflage „in Tyrannos!“ — aus des Dichters tiefster Seele geschöpft, ist die Quintessenz des ganzen Werkes. Dies Drama enthält Stellen, die heute noch weder ihre realistische Wahrheit, noch ihre revolutionäre Kraft eingebüßt haben — Und im „Fiesco“, dem zweiten Jugenddrama, weht aus ebenfalls republikanischer Geist entgegen. Einem Tyrannen entflohen, schuf Schiller jenes Werk, das vielleicht am ergreifendsten in seinem Gesamtwerk ihn als Vorkämpfer der Geistesfreiheit zeigt: den „Don Carlos“. Der Kampf gegen weltliche und geistliche Tyrannie, das Ringen um Gedankenfreiheit, der Gedanke der Weltbrüderlichkeit haben des Dichters Seele beflügelt zum majestätischen Schwung dieser Szenen. An seinen Schwager Reinwald hatte er geschrieben: „Aberdem will ich es mir in diesem Schauspiel zur Pflicht machen, in der Darstellung der Inquisition die präsumierte Menschheit zu rächen und ihre Schandflecke scharfstrichlich an den Pranger zu stellen.“ Und war der „Don Carlos“ immerhin noch ein Königsdrama aus vergangener Zeiten, so griff Schiller mit der „Laise Millerin“ — wie „Kabale und Liebe“ ursprünglich hieß, witten hinein ins soziale Leben seiner Zeit! Es ist das erste soziale Trauerspiel — und kein Dichter vor ihm hat es gewagt, den Hofeines deutschen Fürsten mit all seiner Korrap-

tion zum Vorwurf eines Bühnenwerkes zu nehmen. Und dies „bürgerliche Trauerspiel“ erschien sechs Jahre vor Beginn der großen Revolution, wie die Morgenröthe vor dem Tag. Die Beschäftigung mit dem Stoffe des „Don Carlos“ führte den Dichter zu zwei bedeutenden historischen Werken, die, wenn auch im einzelnen von der Geschichtswissenschaft vielleicht überholt, doch durch die Größe der Auffassung und Darstellung und den glühenden Freiheitsbekennermut ihres Schöpfers verdienen, immer wieder von der Jugend gelesen zu werden. Es sind dies „Der Abfall der Niederlande“ und die „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“. Hier finden sich Sätze, wie: „Groß und beruhigend ist der Gedanke, daß gegen die trostigen Anmaßungen der Fürstengewalt endlich noch eine Hilfe vorhanden ist, daß ihre berechneten Pläne an der menschlichen Freiheit zuschanden werden, daß ein herzhafter Widerstand auch den gestreckten Arm eines Despoten beugen kann.“ — Die dichterische Gestaltung, die Verkörperung jenes Gedankens ist der „Wilhelm Tell“. Dieses Werk, das der Schwabische Dichter unter Qualen sich abrang und das „herrlich wie am ersten Tag“ als vollendetes Freiheitsdrama auch heute noch immer wieder unsere Herzen zu entflammen vermag. Das starke Bewußtsein eines freien Volkes von der Unbezwinglichkeit seiner Rechte hat in diesem einzigartigen Drama Form und Gestalt gewonnen, die es in zeitloser Schönheit und Kraft als Vorbild für alle Zeiten vor uns hinstellt. Und dies Wort, das Schiller uns schenkte: „Eine Grenze hat Tyrannenmacht“ — wird in seiner revolutionären Wahrheit auf ewig in der Seele des Volkes Widerhall finden. S. F.

Kant irtet sich.

Von Kurt Landmark, Direktor der Sternwarte zu Lund.

Der Mensch lebt in einer kleinen Provinz des Weltalls, die sich aus Milliarden Welklörpern vom Rang unserer Sonne aufbaut. Kann es sein, daß nur diese einzige Erde Leben erzeugte? Sind wir die einzigen denkenden Wesen, die lebende Uagen zu anderen Sternen erheben? Das sind die Fragen, die Kurt Landmark, der Direktor der Sternwarte zu Lund, in seinem Buch „Das Leben auf anderen Sternen“ (Deutsche Ausgabe von Robert Henning, Mit 61 Abbildungen. Geb. 3,85 Mk., geb. 5.— Mk.) mit allem Raffinement astronomischen, physikalischen und biologischen Wissens prüft. Das von F. A. Brockhaus, Leipzig, verlegte Buch ist frei von rationalistischer Überheblichkeit, aber dennoch klar bei aller Achtung vor der Unberührbarkeit des Tiefsten und Licht den aber die Fachwelt hinaus berührenden Gelehrten, der selbst erfolgreich an der Gestaltung des Weltallbildes mitwirkt, auch als einen Meister in der seltenen Kunst erkennen, wissenschaftliche Dinge fesselnd und allgemeinverständlich darzustellen. Wir bringen mit Genehmigung des Verlags einige Seiten zum Abdruck.

Kant glaubte seinen spekulativ gewonnenen astronomischen Ergebnissen einen Grad von Verlässlichkeit zutrauen zu dürfen, der sie endgültiger Gewißheit nahebrachte. Er ging von der Vorstellung aus, die einzelnen Planeten hätten ein so höheres spezifisches Gewicht, d. h. um so höhere Massendichte, je näher sie der Sonne sind. In Wirklichkeit ist aber die Erde der dichteste Planet. Von seiner unrichtigen Voraussetzung aus entwickelte Kant die Annahme, nicht nur die Bewohner, sondern auch die Tiere und Pflanzen seien aus so leichteren und feinerem Stoff aufgebaut, je weiter der sie tragende Planet von der Sonne entfernt ist. Die Elastizität der Gewebe und die Zweckmäßigkeit des Körperbaues der planetarischen Wesen nimmt im Maß des mittleren Abstandes von der Sonne zu. Ebenso müssen auch ihre geistigen Eigenschaften, besonders das Denkvermögen, die Schnelligkeit der Auffassung, die Schärfe und Lebhaftigkeit der Begriffe, die Raschheit des Handelns, kurz, die Vollkommenheit ihrer Begabung mit wachsendem Abstand von der Sonne zunehmen. Diese Annahme wird schon dadurch erforderlich, daß ein Jupitertag nur etwa 10 Stunden dauert, eine Zeit, die den Erdbewohnern mit ihrer groben Natur kaum zum Auschlafen genügt. Der Zusammenhang zwischen der Dichte der Planeten und der geistigen Vollkommenheitsstufe ihrer Bewohner ist daraus zu erklären, daß die Grobheit des Baustoffes der Organismen und insbesondere der Menschen eine Trägheit des Denkens und der Fähigkeiten und damit Unzulänglichkeiten und Laster zur Folge hat. Demgemäß nimmt die Vollkommenheit anderer Welten vom Merkur bis zum Saturn und gegebenenfalls über ihn hinaus auf weiteren Planeten mit noch geringerer Massendichte zu.

Diese Schlussfolgerungen sieht Kant durch die Freigebigkeit bekräftigt, mit der die Natur den äußersten Planeten Lichtwirkungen zuerteilt. Saturn hat seinen Ring, der ihm beständig leuchtet. Dann folgt Jupiter mit den damals bekannten vier Monden, die seinen glücklichen Gefilden lastsam das ungenügende Tageslicht ersetzen sollen. Die innersten Planeten dagegen, Merkur und Venus, ermangeln solcher nächtlichen Lichtquellen ganz; bei ihnen fast verumflösten Bewohnern wären ja derartige Naturgaben zwecklos vergebend. In dieser Verteilung der Nachtgestirne und in der geringen Tagesdauer bei den äußeren Planeten sieht Kant eine deutliche Wirkung göttlicher Weisheit.

Was die sittliche Höhe der verschiedenen Welten von Planetenbewohnern betrifft, so kann man wohl die Frage aufwerfen: Ist nicht eine gewisse Mittelstellung zwischen Weisheit und Unvernunft die notwendige Voraussetzung der Sünde? Vielleicht sind die Bewohner der äußeren Planeten so entwickelt und weise, daß sie gar nicht zu jener Torheit herabsinken können, die im Sündigen liegt? Die Bewohner der inneren Planeten dagegen mögen so tief stehen, daß sie für ihre Torheiten nicht verantwortlich gemacht werden können. So befinden sich vielleicht gerade die Erd- und die Marsbewohner in jenem unglückseligen Mittelzustand, der Sünde möglich macht.

Obwohl Kant diese letzten Erwägungen zweifelnd ausdrückt, scheint er überzeugt gewesen zu sein, im großen ganzen die Frage nach der Wohnbarkeit der Welten ausgezeichnet gelöst zu haben: „So hängt denn alles in dem ganzen Umfange der Natur in einer ununterbrochenen Gradfolge zusammen, durch die ewige Harmonie, die alle Glieder auf einander beziehend macht. Die Vollkommenheiten Gottes haben sich in unsern Stufen deutlich offenbart, und sind nicht weniger herrlich in den niedrigsten Classen, als in den erhabnen.“ — „In der That, wenn man mit solchen Betrachtungen sein Gemüth erfüllt hat, so gibt der Anblick eines bestimmten Himmels, bei einer heitern Nacht, eine Art des Vergnügens, welches nur edle Seelen empfinden.“

Prüft man die Verhältnisse im Planetensystem, wie sie sich aus späteren Forschungen ergeben haben, so sieht man, daß die Voraussetzungen, von denen Kant ausgeht, völlig unhaltbar sind. Nach ihm sollen die Organismen auf dichteren Planeten aus größerem Gewebe bestehen und von trägeren Säften durchströmt werden als die auf minder dichten Planeten. Gemäß heutigem Wissen müssen alle Organismen aus Kohlenstoff, Wasserstoff, Sauerstoff, Stickstoff und zu minder wesentlichen Teil noch andern Elementen aufgebaut sein und zum unvergleichlich größten Teil Wasser enthalten. Das spezifische Gewicht von Tieren und gegebenenfalls menschenartigen Wesen kann deshalb nur wenig von dem des Wassers abweichen, und sie sind darin sowie in ihrer stofflichen Zusammensetzung völlig unabhängig von den Planeten, auf denen sie leben. Deren spezifisches Gewicht hängt fast nur von ihrem mineralischen Aufbau ab. Bei der Erde ist es etwa 5,5mal so groß wie das des Wassers, beim Mond, der vielleicht einst ein Teil unseres Planeten war, ist es verhältnismäßig gering, nämlich 3,3 (im Vergleich zum Wasser), nicht sehr verschieden von der Dichte der Gesteinsarten der äußeren Regionen der Erde.